



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-SDC

ETUDES SUISSES DE DROIT COMPARÉ

2006-3

Editeurs: Eleanor Cashin Ritaine, Jarka Looks

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ('Rom I')

Überblick und Synopse

Eva Lein

Wissenschaftliche Mitarbeiterin SIR

Dieser Beitrag¹ soll einen kurzen Überblick über einige Bestimmungen des Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 15.12.2005 (Rom I)² ermöglichen und enthält im Anhang eine deutsche und französische Fassung einer Synopse der geplanten Verordnungsbestimmungen mit dem Römischen Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980³.

A. Überblick

Die Schaffung eines kohärenten Systems sekundärrechtlicher Instrumente im Bereich des Kollisions- und internationalen Verfahrensrechts ist ein zentrales Anliegen der Gemeinschaft.⁴ Die in

diesem Zusammenhang auf der Grundlage eines Grünbuchs⁵ intensiv diskutierte Modernisierung des Übereinkommens von Rom (im Folgenden EVÜ), seine Transformation in eine EG-Verordnung sowie seine Koordination mit der Brüssel I-Verordnung⁶ und dem Rom II-Verordnungsentwurf⁷ erfährt im Kommissionsvorschlag für eine Rom I-Verordnung vom 15.12.2005 ihre lang erwartete Konkretisierung.

des Europäischen Rates sieht die stufenweise Gesamtvereinheitlichung des Internationalen Privatrechts vor, die insbesondere in den Projekten Rom I-IV ihre Umsetzung findet; vgl. über den Stand der Arbeiten: Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf ausservertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ('Rom II') [KOM \(2006\) 83 endg.](#), 21.02.2006, (ursprünglicher Vorschlag KOM(2003) 427 endg., 22.7.2003). sowie die Grünbücher über das anzuwendende Recht und die gerichtliche Zuständigkeit in Scheidungssachen [KOM \(2005\) 82 endg.](#) vom 14.3.2005 und im Erb- und Testamentsrecht [KOM \(2005\) 65](#) vom 1.3.2005 endg.

¹ Der Beitrag ist eine Kurzzusammenfassung des in Kürze erscheinenden Artikels LEIN E., 'The proposal of the Commission for a Regulation of the European Court and the Council on the law applicable to contractual obligations (Rome I) – A short commentary', in: *Yearbook of Private international Law*, vol. VII 2005, The Hague 2006, S. 391ff.

² Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 15.12.2005 ([KOM 2005, 650 endg.](#)), zitiert als *Rom I*

³ [Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980](#).

⁴ Siehe zuletzt Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der europäischen Union, ABl. C 53/1, 3.3.2005. Das Haager Programm

⁵ Grünbuch über die Umwandlung des Übereinkommens von Rom aus dem Jahr 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht in ein Gemeinschaftsinstrument sowie seine Aktualisierung [KOM \(2002\) 654 endg.](#)

⁶ [Verordnung 44/2001/EG des Rates vom 22.12.2000](#), ABl. L 12 vom 16.1.2001 S. 1ff.

⁷ Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf ausservertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ('Rom II') [KOM \(2006\) 83 endg.](#), 21.02.2006, (ursprünglicher Vorschlag KOM(2003) 427 endg., 22.7.2003).

Der Verordnungsvorschlag zielt insbesondere darauf ab, das Vertragskollisionsrecht zu vereinfachen, an die aktuellen Bedürfnisse der Praxis anzupassen, sowie inhaltliche und strukturelle Schwächen oder Unpräzisionen zu beheben, die sich trotz der langjährigen erfolgreichen Anwendungspraxis des EVÜ gezeigt haben.

Enger umgrenzte richterliche Ermessensspielräume sollen eine einheitlichere Rechtsanwendungspraxis ermöglichen, zur Rechtssicherheit beitragen und einen weiteren Baustein darstellen, um dem *forum shopping* entgegenzuwirken. Zudem ergänzt und präzisiert der Verordnungsvorschlag Kollisionsnormen betreffend Fragen der Stellvertretung (Art. 7 Rom I), der Forderungsabtretung (Art. 13 Abs. 3 Rom I), der Gesamtschuld (Art. 15 Rom I) und der gesetzlichen Aufrechnung (Art. 16 Rom I).

Auch wenn der Rom I-Verordnungsvorschlag das Römische Übereinkommen auf den ersten Blick im Wesentlichen fortschreibt, rührt er inhaltlich an den vertragskollisionsrechtlichen Grundpfeilern, den Prinzipien der Parteiautonomie (Art. 3 Rom I) und des Schutzes der schwächeren Partei (Art. 5, 6 Rom I) und stellt die objektive Anknüpfung in Art. 4 Rom I auf ein völlig neues Fundament.

I. Zentrale Neuerungen

1. Parteiautonomie

Hinsichtlich der Vorschriften über die kollisionsrechtliche Rechtswahl erfolgten zwei zentrale Änderungen.

a. Wahl nichtsstaatlichen Rechts

Zum einen die Öffnung der Rechtswahlmöglichkeiten im Hinblick auf nichtsstaatliche Prinzipienkataloge oder ein optionales europäisches Vertragsrechtsinstrument in Art. 3 Abs. 2 Rom I.

Der im Grundsatz zu begrüßende neue Art. 3 Abs. 2 Rom I, der den Streit um die Zulässigkeit einer kollisionsrechtlichen Rechtswahl nichtsstaatlichen Rechts auflöst und materiellen europäischen Vertragsrechtsprinzipien zu einer bedeutenderen Rolle in der Vertragspraxis verhilft, sieht vor, dass die Parteien als anzuwendendes Recht auch „auf internationaler oder Gemeinschaftsebene anerkannte Grundsätze des materiellen Vertragsrechts“ wählen können. Die Formulierung des Absatzes 2 wirft indessen Probleme auf, da sie hinsichtlich der Anerkennungsinstanz und der Kriterien für eine Anerkennung schweigt. Im Interesse der Rechtssicherheit wäre die Einfügung einer

ergänzbarer Liste wählbaren nichtstaatlichen Rechts die sinnvollere Alternative.

b. Verbraucher kollisionsrecht

Zum anderen soll die Parteiautonomie im Verbraucher kollisionsrecht gänzlich ausgeschlossen werden. Mit dem neuen Art. 5 Abs. 1 Rom I soll die unter dem EVÜ im Verbrauchervertragsrecht mögliche eingeschränkte Rechtswahl zum Schutz der Verbraucher wegfallen. Diese führte zu einem unbefriedigenden Nebeneinander des für den Unternehmer geltenden Rechts und der zwingenden verbraucherschützenden Vorschriften am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Verbrauchers. Unter Rom I findet auf Verbraucherverträge grundsätzlich das Recht des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Verbrauchers Anwendung.

2. Schutz der schwächeren Partei

a. Verbraucher

Durch die Abschaffung der Rechtswahlmöglichkeit in Art. 5 Abs. 1 Rom I wird der Schutz der Verbraucher verstärkt. Darüber hinaus enthält der neue Art. 5 Abs. 2 Rom I eine Definition des Verbrauchervertrages. Der Anwendungsbereich des Verbraucher kollisionsrechts erweitert sich gegenüber dem EVÜ entsprechend auf alle unter diese Definition fallenden Verträge. Zudem trägt der neue Wortlaut des Art. 5 dem aktiven und mobilen Verbraucher Rechnung. Er greift im Falle eines Vertragsschlusses mit einem Unternehmer, der seine Tätigkeit auf das Gebiet des Aufenthaltsstaates des Verbrauchers *ausrichtet*. Eine Risikominimierung für den Unternehmer enthält schliesslich Art. 5 Abs. 2 Hs. 2 Rom I. Hat der Verbraucher den Ort seines gewöhnlichen Aufenthalts nicht wahrheitsgemäss angegeben gilt der Vertrag nicht als Verbrauchervertrag und unterliegt Art. 4 Rom I, da dem Unternehmer dann nicht zuzumuten ist, sich auf das Recht am Aufenthaltsort des Verbrauchers einzustellen.

b. Arbeitnehmer

Auch Art. 6 Abs. 2 lit. a Rom I fügt mit der Definition der vorübergehenden Entsendung und einer Regelung sog. „Rumpfarbeitsverträge“ Präzisionen in das Kollisionsrecht der individuellen Arbeitsverträge ein. Die eingeschränkte Rechtswahlmöglichkeit wird hier jedoch beibehalten.

c. Zwingende Normen des Gemeinschaftsrechts

Zusätzlichen Schutz gewährt Art. 3 Abs. 5 Rom I, der bei der Rechtswahl eines drittstaatlichen Rechts die zwingenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts unberührt lässt. Die Vorschrift wird wohl nur eingeschränkte praktische Bedeutung erlangen, da die meisten zwingenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts das Verbrauchervertrags-

recht betreffen und in diesem Bereich gem. Art. 5 Rom I eine Rechtswahl ohnehin ausgeschlossen ist.

3. Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht

Die objektive Anknüpfung im Fall fehlender Rechtswahl durchläuft eine Entwicklung hin zu einem noch objektiveren rigiden System. Die geltende Fassung des Art. 4 Abs. 1 EVÜ basiert auf dem Grundsatz der engsten Verbindung und bedingt grundsätzlich eine umfassende richterliche Würdigung des Sachverhalts. Diese wurde durch die in Art. 4 Abs. 2 EVÜ aufgestellte Vermutung erleichtert, der Vertrag weise mit dem Staat die engste Verbindung auf, in dem die Partei, welcher die Erbringung der vertragscharakteristischen Leistung obliegt, ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Bei engerer Verbindung zu einem anderen Staat ermöglicht die umstrittene als Einfallstor für die Einzelfallgerechtigkeit konzipierte Ausweichklausel des 4 Abs. 5 Satz 2 EVÜ bislang, die objektive Anknüpfung zu umgehen.

Der neue Art. 4 Rom I löst sich von diesem Grundkonzept, das dem Richter einen Entscheidungsspielraum lässt. Art. 4 Abs. 1 Rom I enthält stattdessen im Zuge der Rechtsicherheit und Vorhersehbarkeit eine Anzahl präzise formulierter Sonderanknüpfungen für Standardverträge. In Art. 4 Abs. 1 Rom I findet sich gleichwohl die Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt derjenigen Partei wieder, die die vertragscharakteristische Leistung erbringt, da die Norm für die wesentlichen Vertragstypen auf der gewohnten Anknüpfung an das Recht des Aufenthaltsstaates des Sach- oder Dienstleistungserbringers basiert. Nur in Art. 4 Abs. 1 lit. g und h wird dem Grundsatz des Schutzes der schwächeren Partei den Vorrang eingeräumt, die auf den gewöhnlichen Aufenthalt des Franchisenehmers bzw. des Vertriebshändlers abstellen.

Für den Fall, in dem Abs. 1 keine Sonderanknüpfung vorsieht, ordnet Art. 4 Abs. 2 Satz 1 Rom I die Anknüpfung an das Kriterium der vertragscharakteristischen Leistung an. Auf den Grundsatz der engsten Verbindung soll gem. Art. 4 Abs. 2 Satz 2 Rom I nur dann zurückzugreifen sein, wenn die vertragscharakteristische Leistung nicht bestimmbar ist.

Die Ausweichklausel des Art. 4 Abs. 5 EVÜ wurde nicht übernommen, um deren ausufernde Anwendung in der Gerichtspraxis zu vermeiden. Der Rom I Verordnungsvorschlag unterbindet damit aber zugleich jede Möglichkeit der Ausübung der Einzelfallgerechtigkeit.

4. Zession, Gesamtschuld und gesetzliche Aufrechnung

Die Art. 13 bis 16 Rom I enthalten Präzisierungen bzw. Neuregelungen der Kollisionsregeln über die

Zession (Art. 13 und 14 Rom I), die Gesamtschuld (Art. 15 Rom I) sowie die gesetzliche Aufrechnung (Art. 16 Rom I).

Der neue Art. 13 Abs. 3 ordnet in Anlehnung an Art. 22 und 30 der *UNCITRAL Convention on the Assignment of Receivables*⁸ an, dass das Recht des Aufenthaltsstaats des Zedenten darüber entscheidet, ob die übertragende Forderung einem Dritten entgegengehalten werden kann. Da der Zedentensitz allen Beteiligten bekannt ist trägt die Vorschrift insbesondere im Hinblick auf Mehrfachzessionen zu grösserer Vorhersehbarkeit bei.

Der Regress des erfüllenden Gesamtschuldners im Innenverhältnis folgt gem. Art. 15 Rom I dessen eigenem Schuldstatut, gleiches gilt für etwaige Haftungsprivilegierungen.

Art. 16 Rom I erklärt für die gesetzliche Aufrechnung das Recht für massgebend, das auf die Verpflichtung anwendbar ist, gegen die aufgerechnet wird, also das auf die Passivforderung anwendbare Recht. Die Norm gilt allerdings nur für die gesetzliche nicht auch für eine vertraglich vereinbarte Aufrechnung. Dies wirft Abgrenzungsfragen auf und führt im Fall der vertraglichen Aufrechnung zur Anwendung der allgemeinen vertragskollisionsrechtlichen Vorschriften der Art. 3 und 4 Rom I, genauer des Art. 4 Abs. 2 Satz 2 Rom I, da es an der Ermittelbarkeit einer vertragscharakteristischen Leistung fehlen dürfte.

5. Revisionsbedürftige inhaltliche oder strukturelle Änderungen

a) Art. 1 Abs. 2 lit i Rom I – Ausnahme vorvertraglicher Schuldverhältnisse vom Anwendungsbereich der Rom I Verordnung

Durchaus fraglich ist die Ausnahme vorvertraglicher Schuldverhältnisse aus dem Anwendungsbereich der Verordnung in Art. 1 Abs. 2 lit i) Rom I. Diese werden undifferenziert als deliktische Schuldverhältnisse qualifiziert, mit der Konsequenz ihrer Einordnung unter Art. 3 des Rom II-Verordnungsvorschlags.⁹ Die Anwendung des Deliktsstatuts lässt jedoch besonders bei einer Haftung wegen treuwidrigem Abbruchs von Vertragsverhandlungen d.h. Pflichtverletzungen, die eine besondere Nähe zum vertraglichen Bereich kenn-

⁸ [UNCITRAL Convention on the Assignment of Receivables in International Trade, 2004](#)

⁹ Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf ausservertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht ('Rom II') [KOM \(2006\) 83 endg.](#), 21.02.2006, (ursprünglicher Vorschlag KOM(2003) 427 endg., 22.7.2003).

zeichnet, Zweifel aufkommen. Durch eine Regelung in der Rom I Verordnung (etwa in Art. 9 Rom I) hätten diese Fälle vorvertraglicher Haftung dem Vertragsstatut unterstellt werden können. Dies entspräche zugleich der Wertung der UNIDROIT-Principles¹⁰ und der Principles of European Contract Law¹¹, die den Fall des treuwidrigen Abbruchs von Vertragsverhandlungen regeln und damit dem vertraglichen Bereich zuordnen.

b) Art. 7 Rom I – Vertreterverträge

Das Konzept des auf die Rechtsverhältnisse zwischen einem Vertretenen und einem Vertreter (Art. 7 Abs. 1 Rom I) bzw. dem Vertretenen und dem Dritten anwendbare Recht (Art. 7 Abs. 2 Rom I) ist nicht nachvollziehbar. Art. 7 Abs. 1 Rom I erklärt mangels Rechtswahl auf das Rechtsverhältnis zwischen einem Vertretenen und einem Vertreter das Recht des Staates für anwendbar, in dem der Vertreter seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, es sei denn er übt seine Tätigkeit hauptsächlich in dem Staat aus in dem der Vertretene seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Dieses Recht soll jedoch nach Art. 7 Abs. 2 Rom I auch dann Anwendung finden, wenn es um das Verhältnis zwischen dem Vertretenen und dem Dritten geht. Eine Ausnahme gilt für „professionelle“ Vertreter, die etwa an der Börse oder bei Versteigerungen tätig sind. Die grundsätzliche Anwendung des Rechts des Aufenthaltsstaates des Vertreters auf das Rechtsverhältnis zwischen dem Vertretenen und dem Dritten ist dem Vertretenen nicht zuzumuten, der Wortlaut des Art. 7 Abs. 2 Rom I ist daher nicht gelungen.

c) Art. 22 Rom I Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten

Art. 22 lit. a Rom I regelt das Verhältnis der Rom I zum Richtlinienkollisionsrecht für vertragliche Schuldverhältnisse zugunsten eines Vorrangs des letzteren. Die Vorschrift verweist auf einen Anhang, der die relevanten gemeinschaftsrechtlichen Regelwerke enthält, mit denen sich etwaige Kollisionen ergeben können.

Dieser Anhang enthält indessen lediglich einen Verweis auf das jeweilige sekundärrechtliche Instrument, jedoch weder auf die konkreten Normen noch auf deren Umsetzung im nationalen Recht und in seinem Aufklärungsgehalt wenig ergiebig. Die Anwendungsschwierigkeiten, die sich durch die

¹⁰ Art. 2.1.15 Abs. 2, 3 UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts 2004.

¹¹ Art 2:301 Abs. 2, 3 Principles of European Contract Law.

Parallelität des Richtlinien- und Konventionskollisionsrechts ergeben lösen sich durch die im Verordnungsvorschlag vorgeschlagene Lösung nicht auf. Ähnliches gilt für Art. 22 lit. c Rom I. Präzisierungen wären an dieser Stelle für die Anwendungspraxis sehr dienlich.

6. Transformationsbedingte Spezifika

Die Umwandlung des Römischen Übereinkommens in eine Rom I Verordnung führt zum Wegfall einiger konventionsspezifischer Vorschriften, wie etwa der Vorbehaltsklausel des Art. 22 EVÜ, wodurch insbesondere der von einigen Ländern erklärte Vorbehalt gegenüber Art. 7 Abs.1 EVÜ (entspricht Art. 8 Abs. 1 und 3 Rom I-VO-Vorschlag) und Art. 10 Abs. 1 lit e) EVÜ (zukünftig Art. 11 Abs. 1 lit e) Rom I-VO-Vorschlag) obsolet wird.

Die Wahl des Instruments der EG-Verordnung ermöglicht deren automatische Geltung in den neuen Mitgliedsstaaten als Teil des *acquis communautaire*, und verhindert eine Verzögerung durch Ratifikationsprozesse neuer EU-Mitgliedsstaaten. Die Auslegungskompetenz des EuGH ergibt sich unmittelbar aus dem EG-Vertrag, allerdings in den Grenzen des Art. 68 EG.

Wegen des Sonderstatus Dänemarks sowie des Vereinigten Königreichs und Irlands¹² im Hinblick auf Massnahmen nach Titel IV EG kommt es anzunehmenderweise zu einer Spaltung des europäischen Rechtsraums, da eine künftige Rom I-Verordnung in diesen Ländern nicht unmittelbar gilt. Im Verhältnis zu den übrigen EG-Mitgliedstaaten gilt für diese Staaten vielmehr das EVÜ unverändert fort. Den sehr spät ratifizierten Auslegungsprotokollen zum EVÜ¹³ kommt damit doch noch eine beschränkte Bedeutung zu.

II. Bibliographie zum Vergleich des EVÜ mit der künftigen Rom I-Verordnung

BONOMI A., 'Conversion of the Rome Convention into an EC Instrument', in: *Yearbook of Private International Law* 2003, 2004, S. 53 ff.

¹² Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Protokoll Nr. 5 und Art. 3 Abs. 1 Satz 1 und 4 Satz 1 Protokoll Nr. 4 zum Vertrag über die Europäische Union.

¹³ Erstes und zweites Brüsseler Protokoll betreffend die Auslegung des am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften bzw. die Übertragung bestimmter Zuständigkeiten für die Auslegung vom 19. Dezember 1988. Die Ratifizierung des zweiten Protokolls durch Belgien erfolgte erst im Jahr 2004.

- CZERNICH D./HEISS H., 'Das Europäische Schuldvertragsübereinkommen – EVÜ', Wien 1999
- DE VAREILLES-SOMMIÈRES S., 'Ordre public et contrats internationaux en Europe', in: *Mélanges Ph. Malaurie*, Paris 2005, S. 393 ff.
- DICEY A.V./MORRIS J.H.C. *The Conflict of Laws*, 13th ed., London 2000
- DOHRN HEIKE, *Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht*, Tübingen 2004
- DUTTA A./VOLDERS B., 'Was lange währt, wird endlich gut? Zur Auslegungskompetenz des EuGH für das EVÜ', in: *EuZW* 2004, S. 556-558.
- EHLE B., 'Das Grünbuch Rom I – die Modernisierung des EVÜ steht bevor', in: *Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht* 2003, S. 49 ff. ;
- FURRER A., 'Zivilrecht im gemeinschaftsrechtlichen Kontext', Bern 2002, S. 314 ff.;
- GIULIANO/LAGARDE, 'Rapport concernant la convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles', in: *JO* 31.10.1980, C 282 S. 1 ff.
- GRUPE EUROPÉEN DE DROIT INTERNATIONAL PRIVÉ ('GEDIP'), Troisième commentaire consolidé des propositions de modification des art. 1^{er}, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10bis, 12 et 13 de la Convention de Rome du 19 juin 1980 sur la loi applicable aux obligations contractuelles et de l'art. 15 du règlement 44/2001/CE et Troisième version consolidée des propositions de modification des art. 1^{er}, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10bis, 12 et 13 de la Convention de Rome du 19 juin 1980 sur la loi applicable aux obligations contractuelles et de l'art. 15 du règlement 44/2001/CE
- HAMBURG GROUP FOR PRIVATE INTERNATIONAL LAW, 'Comments on the European Commission's Draft Proposal for a Council Regulation on the Law Applicable to Non-Contractual Obligations', in: *RabelsZ* 2003, S. 1 -56.
- JAYME E./KÖHLER CH., 'Zur Revision des Europäischen Schuldvertragsübereinkommens', in: *IPRax* 2001, S. 65 ff.
- KANNENGIESSER M.N., *Die Aufrechnung im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht*, Tübingen 1998
- KIENINGER E.-M., SCHÜTZE E.: 'Die Forderungsabtretung im Internationalen Privatrecht - Bringt die "Rom I-Verordnung" ein "Ende der Geschichte"?', in *IPRax* 2005, S. 200ff.
- KIENINGER E.-M., 'Das Statut der Forderungsabtretung im Verhältnis zu Dritten', in: *RabelsZ* 1998, S. 678-711.
- KLAUER S., *Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien*, Tübingen 2002
- MAGNUS U. in: *Staudinger Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch: mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen*, Berlin 2003, Art. 27 EGBGB, para. 130.
- MANKOWSKI P., 'Der Vorschlag für die Rom I Verordnung', in: *IPRax* 2006, S. 101 ff.
- MANKOWSKI P., 'Die Qualifikation der culpa in contrahendo – Nagelprobe für den Vertragsbegriff des europäischen IZPR und IPR', in: *IPRax* 2003, S. 127 ff.
- MANKOWSKI P., 'Die Ausweichklausel des Art. 4 V EVÜ und das System des EVÜ', in *IPRax* 2003, S. 464 ff.
- MAX PLANCK INSTITUTE FOR FOREIGN PRIVATE AND PRIVATE INTERNATIONAL LAW, 'Comments on the European Commission's Green Paper on the conversion of the Rome Convention of 1980 on the law applicable to contractual obligations into a Community instrument and its modernization', in: *RabelsZ* 2004, S. 1 ff.;
- LEIBLE S.(Hrsg.), *Das Grünbuch zum Internationalen Vertragsrecht*, München 2004.
- MEEUSEN J./PERTEGÁS M./STRAETMANS G. (Hrsg.), *Enforcement of International Contracts in the European Union*, Antwerpen 2004
- NEWTON J., *The Uniform Interpretation of the Brussels and Lugano Conventions*, Oxford 2002, S. 63-64;
- POCAR F., 'La codification européenne du droit international privé: vers l'adoption de règles rigides ou flexibles vers les États tiers', in: *Mélanges S. Lagarde*, Paris 2005, S. 697 ff.
- REITMANN C./MARTINY D., *Internationales Vertragsrecht*, 6. Aufl., Köln 2004
- RODRIGUEZ C.P., *El nuevo derecho internacional de los contratos*, Barcelona 2001
- ROTT P., 'Bedrohung des Verbraucherschutzes im Internationalen Verfahrens- und Privatrecht durch den Binnenmarkt', in: *EuZW* 2005, S. 167 ff.
- RUTHIG J., 'Vollmacht und Rechtsschein im IPR', *Heidelberg* 1996, S. 120 ff.
- SCHMIDT-KESSEL M., 'Zur culpa in contrahendo im Gemeinschaftsprivatrecht, Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 17. September 2002', in: *ZEuP* 2004, S. 1019 ff.
- SONNENBERGER H.J., 'Privatrecht und internationales Privatrecht im künftigen Europa: Fragen und Perspektiven', in: *RIW* 2002, 489-498.
- STRUYCKEN T., 'The international assignment of debts: the Dutch *Hoge Raad* applies the Rome Convention, Art. 12, to the proprietary issues', in: *Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly* 1998, S. 345 ff.
- VILLANI U., *La convenzione di Roma sulla legge applicabile ai contratti*, Bari 1997.
- WILDERSPIN, M. 'Die Vergemeinschaftung des internationalen Schuldrechts (Rom I, Rom II): Stand und Perspektiven', in: Baur J.F./Mansell H. (Hrsg.), *Systemwechsel im europäischen Kollisionsrecht*, München 2002, S. 77 ff.

B. SYNOPSE (deutsche Fassung)

Römisches Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
vom 15.12.2005 (Rom I)

| EVÜ | Rom I |
|--|---|
| <p>Artikel 1 Anwendungsbereich</p> <p>(1) Die Vorschriften dieses Übereinkommens sind auf vertragliche Schuldverhältnisse bei Sachverhalten, die eine Verbindung zum Recht verschiedener Staaten aufweisen, anzuwenden.</p> <p>(2) Sie sind nicht anzuwenden auf</p> <p>a) den Personenstand sowie die Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit von natürlichen Personen, vorbehaltlich des Artikels 11;</p> <p>b) vertragliche Schuldverhältnisse betreffend - Testamente und das Gebiet des Erbrechts,</p> <p>- die ehelichen Güterstände,</p> <p>- die Rechte und Pflichten, die auf einem Familien-, Verwandtschafts- oder eherechtlichen Verhältnis oder auf einer Schwägerschaft beruhen, einschliesslich der Unterhaltspflichten gegenüber einem nichtehelichen Kind;</p> <p>c) Verpflichtungen aus Wechseln, Schecks, Eigenwechsell und anderen handelbaren Wertpapieren, sofern die Verpflichtungen aus diesen anderen Wertpapieren aus deren Handelbarkeit entstehen;</p> <p>d) Schieds- und Gerichtsstandsvereinbarungen;</p> <p>e) Fragen betreffend das Gesellschaftsrecht, das Vereinsrecht und das Recht der juristischen Personen, wie z.B. die Errichtung, die Rechts- und Handlungsfähigkeit, die innere Verfassung und die Auflösung von Gesellschaften, Vereinen und juristischen Personen sowie die persönliche gesetzliche Haftung der Gesellschafter und der Organe für die Schulden der Gesellschaft, des Vereins oder der juristischen Person;</p> <p>f) die Frage, ob ein Vertreter die Person, für deren Rechnung er zu handeln vorgibt, Dritten gegenüber verpflichten kann, oder ob das Organ einer Gesellschaft, eines Vereins oder einer juristischen Person diese Gesellschaft, diesen Verein oder dieser juristische Person gegenüber Dritten verpflichten kann;</p> <p>g) die Gründung von "Trusts" sowie die dadurch geschaffenen Rechtsbeziehungen zwischen den Verfügenden, den Treuhändern und den</p> | <p>Artikel 1 – Materieller Anwendungsbereich</p> <p>1. Diese Verordnung gilt für vertragliche zivil- und handelsrechtliche Schuldverhältnisse, die eine Verbindung zum Recht verschiedener Staaten aufweisen. Sie gilt nicht für Steuer- und Zollsachen sowie verwaltungsrechtliche Angelegenheiten.</p> <p>2. Vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen sind:</p> <p>(a) der Personenstand sowie die Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit natürlicher Personen, vorbehaltlich des Artikels 12;</p> <p>(b) Schuldverhältnisse, die auf einem Familienverhältnis oder einem Verhältnis beruhen, das nach Maßgabe des anzuwendenden Rechts gleiche Wirkungen entfaltet, einschliesslich Unterhaltspflichten;</p> <p>(c) Schuldverhältnisse, die auf ehelichen Güterständen oder auf vermögensrechtlichen Verhältnissen beruhen, die nach Maßgabe des anzuwendenden Rechts gleiche Wirkungen auf Ehe-, Erb- und Testamentssachen entfalten;</p> <p>(d) Verpflichtungen aus Wechseln, Schecks, Eigenwechsell und anderen handelbaren Wertpapieren, sofern die Verpflichtungen aus diesen anderen Wertpapieren aus deren Handelbarkeit entstehen;</p> <p>(e) Schieds- und Gerichtsstandsvereinbarungen;</p> <p>(f) Fragen betreffend das Gesellschaftsrecht, das Vereinsrecht und das Recht der juristischen Personen, wie z.B. die Errichtung, die Rechts- und Handlungsfähigkeit, die innere Verfassung und die Auflösung von Gesellschaften, Vereinen und juristischen Personen sowie die persönliche gesetzliche Haftung der Gesellschafter und der Organe für die Schulden der Gesellschaft, des Vereins oder der juristischen Person sowie die Frage, ob ein Organ einer Gesellschaft, eines Vereins oder einer juristischen Person diese Gesellschaft, diesen Verein oder diese juristische Person Dritten gegenüber verpflichten kann;</p> <p>(g) die Gründung von „Trusts“ sowie die dadurch geschaffenen Rechtsbeziehungen zwischen den Verfügenden, den Treuhändern und den Begünstigten;</p> <p>(h) der Beweis und das Verfahren, vorbehaltlich des Artikels 17;</p> <p>(i) Verpflichtungen aus einem vorvertraglichen Rechtsverhältnis.</p> |

| | |
|--|--|
| <p>Begünstigten; h) den Beweis und das Verfahren, vorbehaltlich des Artikels 14.</p> <p>(3) Die Vorschriften dieses Übereinkommens sind nicht anzuwenden auf Versicherungsverträge, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft belegene Risiken decken. Ist zu entscheiden, ob ein Risiko in diesen Hoheitsgebieten belegen ist, so wendet das Gericht sein innerstaatliches Recht an.</p> <p>(4) Absatz 3 gilt nicht für Rückversicherungsverträge.</p> | <p>3. In dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck „Mitgliedstaat“ alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks[, des Vereinigten Königreichs und Irlands].</p> |
| <p>Artikel 2 Anwendung des Rechts von Nichtvertragsstaaten</p> <p>Das nach diesem Übereinkommen bezeichnete Recht ist auch dann anzuwenden, wenn es das Recht eines Nichtvertragsstaats ist.</p> | <p>Artikel 2 – Anwendung des Rechts eines Drittstaats</p> <p>Das nach dieser Verordnung bezeichnete Recht ist auch dann anzuwenden, wenn es nicht das Recht eines Mitgliedstaats ist.</p> |
| <p>Artikel 3 Freie Rechtswahl</p> <p>(1) Der Vertrag unterliegt dem von den Parteien gewählten Recht. Die Rechtswahl muss ausdrücklich sein oder sich mit hinreichender Sicherheit aus den Bestimmungen des Vertrages oder aus den Umständen des Falles ergeben. Die Parteien können die Rechtswahl für ihren ganzen Vertrag oder nur für einen Teil desselben treffen.</p> <p>(2) Die Parteien können jederzeit vereinbaren, dass der Vertrag nach einem anderen Recht zu beurteilen ist als dem, das zuvor entweder aufgrund einer früheren Rechtswahl nach diesem Artikel oder aufgrund anderer Vorschriften dieses Übereinkommens für ihn massgebend war. Die Formgültigkeit des Vertrages im Sinne des Artikels 9 und Rechte Dritter werden durch eine nach Vertragsabschluss erfolgende Änderung der Bestimmung des anzuwendenden Rechts nicht berührt.</p> <p>(3) Sind alle anderen Teile des Sachverhalts im Zeitpunkt der Rechtswahl in ein und demselben Staat belegen, so kann die Wahl eines ausländischen Rechts durch die Parteien - sei sie durch die Vereinbarung der Zuständigkeit eines ausländischen Gerichtes ergänzt oder nicht - die Bestimmungen nicht berühren, von denen nach dem Recht jenes Staates durch Vertrag nicht abgewichen werden kann und die nachstehend "zwingende Bestimmungen" genannt werden.</p> <p>(4) Auf das Zustandekommen und die Wirksamkeit der Einigung der Parteien über das anzuwendende Recht sind die Artikel 8, 9 und 11 anzuwenden.</p> | <p>Artikel 3 – Freie Rechtswahl</p> <p>1. Der Vertrag unterliegt vorbehaltlich der Artikel 5, 6 und 7 dem von den Parteien gewählten Recht. Die Rechtswahl kann ausdrücklich sein oder sich mit hinreichender Sicherheit aus den Bestimmungen des Vertrages, dem Verhalten der Parteien oder aus den Umständen des Falles ergeben. Haben die Parteien vereinbart, dass über bereits entstandene oder künftige Streitigkeiten aus einem Vertrag ein Gericht oder die Gerichte eines Mitgliedstaats entscheiden sollen, wird vermutet, dass die Parteien damit auch das Recht dieses Mitgliedstaats gewählt haben. Die Parteien können die Rechtswahl für ihren ganzen Vertrag oder nur für einen Teil desselben treffen.</p> <p>2. Die Parteien können als anzuwendendes Recht auch auf internationaler oder Gemeinschaftsebene anerkannte Grundsätze und Regeln des materiellen Vertragsrechts wählen. Für Fragen in Bezug auf Rechtsgebiete, die diesen Grundsätzen oder Regeln unterliegen und die nicht ausdrücklich von ihnen geregelt werden, gelten die ihnen zugrunde liegenden allgemeinen Grundsätze oder in Ermangelung dieser Grundsätze das mangels Rechtswahl anwendbare Recht nach Maßgabe dieser Verordnung.</p> <p>3. Die Parteien können jederzeit vereinbaren, dass der Vertrag nach einem anderen Recht zu beurteilen ist als dem, das zuvor entweder aufgrund einer früheren Rechtswahl nach diesem Artikel oder aufgrund anderer Vorschriften dieser Verordnung für ihn</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>maßgebend war. Die Formgültigkeit des Vertrags im Sinne des Artikels 10 und Rechte Dritter werden durch eine nach Vertragsschluss erfolgende Änderung der Bestimmung des anzuwendenden Rechts nicht berührt.</p> <p>4. Befinden sich alle Sachverhaltselemente zum Zeitpunkt der Rechtswahl in ein und demselben Staat, so kann die Wahl eines Rechts gemäß Absatz 1 oder 2 durch die Parteien -sei sie durch die Vereinbarung der Zuständigkeit eines ausländischen Gerichts ergänzt oder nicht - die Bestimmungen nicht berühren, von denen nach dem Recht jenes Staates durch Vertrag nicht abgewichen werden kann und die nachstehend „zwingende Bestimmungen“ genannt werden.</p> <p>5. Die Anwendung der zwingenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts bleibt von der Wahl des Rechts eines Drittstaats durch die Parteien unberührt, wenn diese Bestimmungen im konkreten Fall anwendbar wären.</p> <p>6. Auf das Zustandekommen und die Wirksamkeit der Einigung der Parteien über das anzuwendende Recht sind die Artikel 9, 10 und 12 anzuwenden.</p> |
| <p>Artikel 4 Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht</p> <p>(1) Soweit das auf den Vertrag anzuwendende Recht nicht nach Artikel 3 vereinbart worden ist, unterliegt der Vertrag dem Recht des Staates, mit dem er die engsten Verbindungen aufweist. Lässt sich jedoch ein Teil des Vertrages von dem Rest des Vertrages trennen und weist dieser Teil eine engere Verbindung mit einem anderen Staat auf, so kann auf ihn ausnahmsweise das Recht dieses anderen Staates angewendet werden.</p> <p>(2) Vorbehaltlich des Absatzes 5 wird vermutet, dass der Vertrag die engsten Verbindungen mit dem Staat aufweist, in dem die Partei, welche die charakteristische Leistung zu erbringen hat, im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder, wenn es sich um eine Gesellschaft, einen Verein oder eine juristische Person handelt, ihre Hauptverwaltung hat. Ist der Vertrag jedoch in Ausübung einer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit dieser Partei geschlossen worden, so wird vermutet, dass er die engsten Verbindungen zu dem Staat aufweist, in dem sich deren Hauptniederlassung befindet oder in dem, wenn die Leistung nach dem Vertrag von einer anderen als der Hauptniederlassung zu erbringen ist, sich die andere Niederlassung befindet.</p> <p>(3) Ungeachtet des Absatzes 2 wird, soweit der Vertrag ein dingliches Recht an einem Grundstück oder ein Recht zur Nutzung eines Grundstücks zum Gegenstand hat, vermutet, dass der Vertrag die engsten Verbindungen zu dem Staat aufweist, in dem</p> | <p><i>Artikel 4 – Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht</i></p> <p>1. Haben die Parteien keine Rechtswahl gemäß Artikel 3 getroffen, bestimmt sich das auf den Vertrag anzuwendende Recht wie folgt:</p> <p>(a) Für Kaufverträge ist das Recht des Staats maßgebend, in dem der Verkäufer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(b) Für Dienstleistungsverträge ist das Recht des Staats maßgebend, in dem der Dienstleister seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(c) Für Beförderungsverträge ist das Recht des Staats maßgebend, in dem der Beförderer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(d) Für Verträge, die ein dingliches Recht an einem Grundstück oder ein Recht zur Nutzung eines Grundstücks zum Gegenstand haben, ist das Recht des Staats maßgebend, in dem das Grundstück belegen ist.</p> <p>(e) Ungeachtet des Buchstaben d gilt für die Miete oder Pacht unbeweglicher Sachen zum vorübergehenden privaten Gebrauch für höchstens sechs aufeinander folgende Monate das Recht des Staats, in dem der Eigentümer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, sofern es sich bei dem Mieter oder Pächter um eine natürliche Person handelt und der Mieter oder Pächter seinen gewöhnlichen Aufenthalt in demselben Mitgliedstaat hat.</p> <p>(f) Für Verträge über Rechte an geistigem Eigentum oder gewerbliche Schutzrechte ist das Recht des Staats maßgebend, in dem die Person, die diese Rechte überträgt oder zur Nutzung überlässt, ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> |

| | |
|--|--|
| <p>das Grundstück belegen ist.</p> <p>(4) Die Vermutung nach Absatz 2 gilt nicht für Güterbeförderungsverträge. Bei diesen Verträgen wird vermutet, dass sie mit dem Staat die engsten Verbindungen aufweisen, in dem der Beförderer im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses seine Hauptniederlassung hat, sofern sich in diesem Staat auch der Verladeort oder der Entladeort oder die Hauptniederlassung des Absenders befindet. Als Güterbeförderungsverträge gelten für die Anwendung dieses Absatzes auch Charterverträge für eine einzige Reise und andere Verträge, die in der Hauptsache der Güterbeförderung dienen.</p> <p>(5) Absatz 2 ist nicht anzuwenden, wenn sich die charakteristische Leistung nicht bestimmen lässt. Die Vermutungen nach den Absätzen 2, 3 und 4 gelten nicht, wenn sich aus der Gesamtheit der Umstände ergibt, dass der Vertrag engere Verbindungen mit einem anderen Staat aufweist.</p> | <p>(g) Für Franchiseverträge ist das Recht des Staats maßgebend, in dem der Franchisenehmer seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(h) Für Vertriebsverträge ist das Recht des Staats maßgebend, in dem der Vertriebshändler seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>2. Für nicht unter Absatz 1 aufgeführte Verträge ist das Recht des Staats maßgebend, in dem die Partei, die die charakteristische Leistung erbringt, zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Lässt sich die charakteristische Leistung nicht bestimmen, ist für den Vertrag das Recht des Staats maßgebend, zu dem er die engste Verbindung aufweist.</p> |
| <p>Artikel 5 Verbraucherverträge</p> <p>(1) Dieser Artikel gilt für Verträge über die Lieferung beweglicher Sachen oder die Erbringung von Dienstleistungen an eine Person, den Verbraucher, zu einem Zweck, der nicht der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit des Verbrauchers zugerechnet werden kann, sowie für Verträge zur Finanzierung eines solchen Geschäfts.</p> <p>(2) Ungeachtet des Artikels 3 darf die Rechtswahl der Parteien nicht dazu führen, dass dem Verbraucher der durch die zwingenden Bestimmungen des Rechts des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, gewährte Schutz entzogen wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wenn dem Vertragsabschluss ein ausdrückliches Angebot oder eine Werbung in diesem Staat vorausgegangen ist und wenn der Verbraucher in diesem Staat die zum Abschluss des Vertrages erforderlichen Rechtshandlungen vorgenommen hat oder - wenn der Vertragspartner des Verbrauchers oder sein Vertreter die Bestellung des Verbrauchers in diesem Staat entgegengenommen hat oder - wenn der Vertrag den Verkauf von Waren betrifft und der Verbraucher von diesem Staat ins Ausland gereist ist und dort seine Bestellung aufgegeben hat, sofern diese Reise vom Verkäufer mit dem Ziel herbeigeführt worden ist, den Verbraucher zum Vertragsabschluss zu veranlassen. <p>(3) Abweichend von Artikel 4 ist mangels einer Rechtswahl nach Artikel 3 für Verträge, die unter den in Absatz 2 bezeichneten Umständen zustande gekommen sind, das Recht des Staates maßgebend, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> | <p>Artikel 5 – Verbraucherverträge</p> <p>1. Für Verbraucherverträge im Sinne und nach Maßgabe von Absatz 2 gilt das Recht des Mitgliedstaats, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>2. Absatz 1 gilt für Verträge, die eine natürliche Person, der Verbraucher, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat hat, mit einer anderen Person, dem Unternehmer, der in Ausübung seiner beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit handelt, zu einem Zweck geschlossen hat, der nicht der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit des Verbrauchers zugerechnet werden kann. Er gilt unter der Voraussetzung, dass der Vertrag mit einem Unternehmer geschlossen wurde, der in dem Mitgliedstaat, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, eine berufliche oder gewerbliche Tätigkeit ausübt oder eine solche auf irgend einem Wege auf diesen Mitgliedstaat oder auf mehrere Staaten, einschließlich dieses Mitgliedstaats, ausrichtet und der Vertrag in den Bereich dieser Tätigkeit fällt, es sei denn, der gewöhnliche Aufenthalt des Verbrauchers war dem Unternehmer nicht bekannt und diese Unkenntnis war nicht seiner Fahrlässigkeit zuzurechnen.</p> <p>3. Absatz 1 gilt nicht für die nachstehenden Verträge:</p> <p>(a) Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen, wenn die dem Verbraucher geschuldeten Dienstleistungen ausschließlich in einem anderen als dem Staat erbracht werden müssen, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat;</p> |

| | |
|--|---|
| <p>(4) Dieser Artikel gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Beförderungsverträge, b) Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen, wenn die dem Verbraucher geschuldeten Dienstleistungen ausschliesslich in einem anderen als dem Staat erbracht werden müssen, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. <p>(5) Ungeachtet des Absatzes 4 gilt dieser Artikel für Reiseverträge, die für einen Pauschalpreis kombinierte Beförderungs- und Unterbringungsleistungen vorsehen.</p> | <p>(b) Beförderungsverträge mit Ausnahme von Pauschalreiseverträgen im Sinne der Richtlinie 90/314/EWG vom 13. Juni 1990;</p> <p>(c) Verträge, die ein dingliches Recht an einem Grundstück oder ein Recht zur Nutzung eines Grundstücks zum Gegenstand haben, mit Ausnahme der Verträge über Teilzeitnutzungsrechte an Immobilien im Sinne der Richtlinie 94/47/EG vom 26. Oktober 1994.</p> |
| <p>Artikel 6 Arbeitsverträge und Arbeitsverhältnisse von Einzelpersonen</p> <p>(1) Ungeachtet des Artikels 3 darf in Arbeitsverträgen und Arbeitsverhältnissen die Rechtswahl der Parteien nicht dazu führen, dass dem Arbeitnehmer der Schutz entzogen wird, der ihm durch die zwingenden Bestimmungen des Rechts gewährt wird, das nach Absatz 2 mangels einer Rechtswahl anzuwenden wäre.</p> <p>(2) Abweichend von Artikel 4 sind mangels einer Rechtswahl nach Artikel 3 auf Arbeitsverträge und Arbeitsverhältnisse anzuwenden:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) das Recht des Staates, in dem der Arbeitnehmer in Erfüllung des Vertrages gewöhnlich seine Arbeit verrichtet, selbst wenn er vorübergehend in einen anderen Staat entsandt ist, oder b) das Recht des Staates, in dem sich die Niederlassung befindet, die den Arbeitnehmer eingestellt hat, sofern dieser seine Arbeit gewöhnlich nicht in ein und demselben Staat verrichtet, es sei denn, dass sich aus der Gesamtheit der Umstände ergibt, dass der Arbeitsvertrag oder das Arbeitsverhältnis engere Verbindungen zu einem anderen Staat aufweist ; in diesem Fall ist das Recht dieses anderen Staates anzuwenden. | <p>Artikel 6 – Individuelle Arbeitsverträge</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ungeachtet des Artikels 3 darf in individuellen Arbeitsverträgen die Rechtswahl der Parteien nicht dazu führen, dass dem Arbeitnehmer der Schutz entzogen wird, der ihm durch die zwingenden Bestimmungen des Rechts gewährt wird, das nach diesem Artikel mangels einer Rechtswahl anzuwenden wäre. 2. Mangels einer Rechtswahl gemäß Artikel 3 unterliegen individuelle Arbeitsverträge: <ol style="list-style-type: none"> (a) dem Recht des Staates, in dem oder von dem aus der Arbeitnehmer in Erfüllung des Vertrags gewöhnlich seine Arbeit verrichtet. Der Ort, an dem die Arbeit gewöhnlich verrichtet wird, ändert sich nicht, wenn der Arbeitnehmer seine Arbeit vorübergehend in einem anderen Staat verrichtet. Die Verrichtung der Arbeit in einem anderen Staat gilt als vorübergehend, wenn der Arbeitnehmer nach seinem Arbeitseinsatz im Ausland seine Arbeit im Herkunftsstaat wiederzuaufnehmen hat. Der Abschluss eines neuen Arbeitsvertrags mit dem ursprünglichen Arbeitgeber oder einem Arbeitgeber, der zur selben Unternehmensgruppe gehört wie der ursprüngliche Arbeitgeber, schließt nicht aus, dass der Arbeitnehmer seine Arbeit vorübergehend in einem anderen Staat verrichtet; (b) dem Recht des Staates, in dem sich die Niederlassung befindet, die den Arbeitnehmer eingestellt hat, wenn dieser seine Arbeit gewöhnlich nicht in oder von ein und demselben Staat aus verrichtet oder wenn er seine Arbeit gewöhnlich in einem Raum verrichtet, der keiner nationalen Staatsgewalt unterliegt. 3. Das nach Absatz 2 bestimmte Recht braucht nicht angewandt zu werden, wenn sich aus der Gesamtheit der Umstände ergibt, dass der Arbeitsvertrag engere Verbindungen zu einem anderen Staat aufweist; in diesem Fall ist das Recht dieses anderen Staates anwendbar. |

| | |
|--|---|
| <p>Keine Entsprechung</p> | <p><i>Artikel 7 – Vertreterverträge</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Mangels einer Rechtswahl nach Artikel 3 unterliegen Verträge zwischen einem Vertretenen und einem Vertreter dem Recht des Staates, in dem der Vertreter seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, es sei denn, der Vertreter übt seine Tätigkeit hauptsächlich in dem Staat aus, in dem der Vertretene seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, oder ist dazu verpflichtet, seine Tätigkeit dort auszuüben; in diesem Fall gilt das Recht dieses Staates. 2. Für das Verhältnis zwischen dem Vertretenen und dem Dritten, das dadurch entstanden ist, dass der Vertreter in Ausübung seiner Vertretungsmacht, über seine Vertretungsmacht hinaus oder ohne Vertretungsmacht gehandelt hat, ist das Recht am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Vertreters zum Zeitpunkt seines Handelns maßgebend. Es gilt jedoch das Recht des Staates, in dem der Vertreter gehandelt hat, wenn entweder der Vertretene, in dessen Namen der Vertreter gehandelt hat, oder der Dritte seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder wenn der Vertreter dort an der Börse tätig war oder an einer Versteigerung teilgenommen hat. 3. Ist das auf das in Absatz 2 geregelte Verhältnis anzuwendende Recht vonseiten des Vertretenen oder des Dritten schriftlich bestimmt und von der anderen Partei ausdrücklich anerkannt worden, ist für dieses Verhältnis abweichend von Absatz 2 das so bestimmte Recht maßgebend. 4. Das nach Absatz 2 bestimmte Recht ist auch für das Verhältnis zwischen Vertreter und Drittem maßgebend, das dadurch entstanden ist, dass der Vertreter in Ausübung seiner Vertretungsmacht, über seine Vertretungsmacht hinaus oder ohne Vertretungsmacht gehandelt hat. |
| <p>Artikel 7 Zwingende Vorschriften</p> <p>(1) Bei Anwendung des Rechts eines bestimmten Staates aufgrund dieses Übereinkommens kann den zwingenden Bestimmungen des Rechts eines anderen Staates, mit dem der Sachverhalt eine enge Verbindung aufweist, Wirkung verliehen werden, soweit diese Bestimmungen nach dem Recht des letztgenannten Staates ohne Rücksicht darauf anzuwenden sind, welchem Recht der Vertrag unterliegt. Bei der Entscheidung, ob diesen zwingenden Bestimmungen Wirkung zu verleihen ist, sind ihre Natur und ihr Gegenstand sowie die Folgen zu berücksichtigen, die sich aus ihrer Anwendung oder ihrer Nichtanwendung ergeben würden.</p> | <p><i>Artikel 8 – Eingriffsnormen</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Eingriffsnorm ist eine zwingende Vorschrift, deren Einhaltung als so entscheidend für die Wahrung der politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Organisation eines Staates angesehen wird, dass ihre Anwendung auf alle Sachverhalte, die in ihren Anwendungsbereich fallen, vorgeschrieben ist, ungeachtet des nach Maßgabe dieser Verordnung auf den Vertrag anzuwendenden Rechts. 2. Diese Verordnung berührt nicht die Anwendung der Eingriffsnormen des angerufenen Gerichts. |

| | |
|---|---|
| <p>(2) Dieses Übereinkommen berührt nicht die Anwendung der nach dem Recht des Staates des angerufenen Gerichtes geltenden Bestimmungen, die ohne Rücksicht auf das auf den Vertrag anzuwendende Recht den Sachverhalt zwingend regeln.</p> | <p>3. Weist der Sachverhalt eine enge Verbindung zu einem anderen Staat auf, kann den Eingriffsnormen dieses Staates ebenfalls Wirkung verliehen werden. Bei der Entscheidung, ob diesen Normen Wirkung zu verleihen ist, berücksichtigt das Gericht Art und Zweck dieser Normen nach Maßgabe der Begriffsbestimmung in Absatz 1 sowie die Folgen, die sich aus ihrer Anwendung oder Nichtanwendung für das mit der betreffenden Eingriffsnorm verfolgte Ziel sowie für die Parteien ergeben würden.</p> |
| <p>Artikel 8 Einigung und materielle Wirksamkeit</p> <p>(1) Das Zustandekommen und die Wirksamkeit des Vertrages oder einer seiner Bestimmungen beurteilen sich nach dem Recht, das nach diesem Übereinkommen anzuwenden wäre, wenn der Vertrag oder die Bestimmung wirksam wäre.</p> <p>(2) Ergibt sich jedoch aus den Umständen, dass es nicht gerechtfertigt wäre, die Wirkung des Verhaltens einer Partei nach dem in Absatz 1 bezeichneten Recht zu bestimmen, so kann sich diese Partei für die Behauptung, sie habe dem Vertrag nicht zugestimmt, auf das Recht des Staates ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts berufen.</p> | <p>Artikel 9 – Einigung und materielle Wirksamkeit</p> <p>1. Das Zustandekommen und die Wirksamkeit des Vertrages oder einer seiner Bestimmungen beurteilen sich nach dem Recht, das nach dieser Verordnung anzuwenden wäre, wenn der Vertrag oder die Bestimmung wirksam wäre.</p> <p>2. Ergibt sich jedoch aus den Umständen, dass es nicht gerechtfertigt wäre, die Wirkung des Verhaltens einer Partei nach dem in Absatz 1 bezeichneten Recht zu bestimmen, so kann sich diese Partei für die Behauptung, sie habe dem Vertrag nicht zugestimmt, auf das Recht des Staates ihres gewöhnlichen Aufenthalts berufen.</p> |
| <p>Artikel 9 Form</p> <p>(1) Ein zwischen Personen, die sich in demselben Staat befinden, geschlossener Vertrag ist formgültig, wenn er die Formerfordernisse des auf ihn nach diesem Übereinkommen materiell-rechtlich anzuwendenden Rechts oder des Rechts des Staates, in dem er geschlossen wurde, erfüllt.</p> <p>(2) Ein zwischen Personen, die sich in verschiedenen Staaten befinden, geschlossener Vertrag ist formgültig, wenn er die Formerfordernisse des auf ihn nach diesem Übereinkommen materiell-rechtlich anzuwendenden Rechts oder des Rechts eines dieser Staaten erfüllt.</p> <p>(3) Wird der Vertrag durch einen Vertreter geschlossen, so muss bei Anwendung der Absätze 1 und 2 der Staat berücksichtigt werden, in dem sich der Vertreter befindet.</p> <p>(4) Ein einseitiges Rechtsgeschäft, das sich auf einen geschlossenen oder zu schliessenden Vertrag bezieht, ist formgültig, wenn es die Formerfordernisse des Rechts, das nach diesem Übereinkommen für den Vertrag massgebend ist oder massgebend wäre, oder die Formerfordernisse des Rechts des Staates erfüllt, in dem dieses Rechtsgeschäft vorgenommen worden ist.</p> | <p>Artikel 10 – Formgültigkeit des Vertrags</p> <p>1. Ein Vertrag ist formgültig, wenn er die Formerfordernisse des Rechts, das für ihn nach dieser Verordnung maßgebend ist, oder die Formerfordernisse des Rechts des Staates, in dem sich eine der Vertragsparteien oder deren Vertreter zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses befindet, oder die Formerfordernisse des Rechts des Staates erfüllt, in dem eine der Vertragsparteien zu dem betreffenden Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>2. Ein einseitiges Rechtsgeschäft, das sich auf einen geschlossenen oder zu schließenden Vertrag bezieht, ist formgültig, wenn es die Formerfordernisse des Rechts, das nach dieser Verordnung für den Vertrag maßgebend ist oder maßgebend wäre, oder die Formerfordernisse des Rechts des Staates erfüllt, in dem dieses Rechtsgeschäft vorgenommen worden ist oder in dem die Person, die das Rechtsgeschäft vorgenommen hat, zu dem betreffenden Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte.</p> <p>3. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Verträge, die in den Anwendungsbereich von Artikel 5 fallen. Für die Form dieser Verträge ist das Recht des Staates maßgebend, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> |

| | |
|---|---|
| <p>(5) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht anzuwenden auf Verträge, für die Artikel 5 gilt und die unter den in Artikel 5 Absatz 2 bezeichneten Umständen geschlossen worden sind. Für die Form dieser Verträge ist das Recht des Staates massgebend, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>(6) Abweichend von den Absätzen 1 bis 4 beurteilen sich Verträge, die ein dingliches Recht an einem Grundstück oder ein Recht zur Nutzung eines Grundstücks zum Gegenstand haben, nach den zwingenden Formvorschriften des Staates, in dem das Grundstück belegen ist, sofern diese nach dem Recht dieses Staates ohne Rücksicht auf den Ort des Abschlusses des Vertrages und auf das auf ihn anzuwendende Recht gelten.</p> | <p>4. Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 beurteilen sich Verträge, die ein dingliches Recht an einem Grundstück oder ein Recht zur Nutzung eines Grundstücks zum Gegenstand haben, nach den zwingenden Formvorschriften des Staates, in dem das Grundstück belegen ist, sofern es sich bei diesen Vorschriften nach dem Recht dieses Staates um Eingriffsnormen im Sinne von Artikel 8 dieser Verordnung handelt.</p> |
| <p>Artikel 10 Geltungsbereich des auf den Vertrag anzuwendenden Rechts</p> <p>(1) Das nach den Artikeln 3 bis 6 und nach Artikel 12 dieses Übereinkommens auf einen Vertrag anzuwendende Recht ist insbesondere massgebend für</p> <ol style="list-style-type: none"> seine Auslegung, die Erfüllung der durch ihn begründeten Verpflichtungen, die Folgen der vollständigen oder teilweisen Nichterfüllung dieser Verpflichtungen, einschliesslich der Schadensbemessung, soweit sie nach Rechtsnormen erfolgt, in den Grenzen der dem Gericht durch sein Prozessrecht eingeräumten Befugnisse, die verschiedenen Arten des Erlöschens der Verpflichtungen sowie die Verjährung und die Rechtsverluste, die sich aus dem Ablauf einer Frist ergeben, die Folgen der Nichtigkeit des Vertrages. <p>(2) In Bezug auf die Art und Weise der Erfüllung und die vom Gläubiger im Falle mangelhafter Erfüllung zu treffenden Massnahmen ist das Recht des Staates, in dem die Erfüllung erfolgt, zu berücksichtigen.</p> | <p>Artikel 11 – Geltungsbereich des auf den Vertrag anzuwendenden Rechts</p> <ol style="list-style-type: none"> Das nach dieser Verordnung auf einen Vertrag anzuwendende Recht ist insbesondere maßgebend für <ol style="list-style-type: none"> seine Auslegung, die Erfüllung der durch ihn begründeten Verpflichtungen, die Folgen der vollständigen oder teilweisen Nichterfüllung dieser Verpflichtungen, einschließlich der Schadensbemessung, soweit sie nach Rechtsnormen erfolgt, in den Grenzen der dem Gericht durch sein Prozessrecht eingeräumten Befugnisse, die verschiedenen Arten des Erlöschens der Verpflichtungen sowie die Verjährung und die Rechtsverluste, die sich aus dem Ablauf einer Frist ergeben, die Folgen der Nichtigkeit des Vertrages. In Bezug auf die Art und Weise der Erfüllung und die vom Gläubiger im Falle mangelhafter Erfüllung zu treffenden Maßnahmen ist das Recht des Staates, in dem die Erfüllung erfolgt, zu berücksichtigen. |
| <p>Artikel 11 Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit</p> <p>Bei einem zwischen Personen, die sich in demselben Staat befinden, geschlossenen Vertrag kann sich eine natürliche Person, die nach dem Recht dieses Staates rechts-, geschäfts- und handlungsfähig wäre, nur dann auf ihre aus dem Recht eines anderen Staates abgeleitete Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit berufen, wenn der andere Vertragsteil bei Vertragsabschluss diese Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit kannte oder infolge Fahrlässigkeit nicht kannte.</p> | <p>Artikel 12 – Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit</p> <p>Bei einem zwischen Personen, die sich in demselben Staat befinden, geschlossenen Vertrag kann sich eine natürliche Person, die nach dem Recht dieses Staates rechts-, geschäfts- und handlungsfähig wäre, nur dann auf ihre aus dem Recht eines anderen Staates abgeleitete Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit berufen, wenn die andere Vertragspartei bei Vertragsschluss diese Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit kannte oder infolge eigener Fahrlässigkeit nicht kannte.</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Artikel 12 Übertragung der Forderung</p> <p>(1) Für die Verpflichtungen zwischen Zedent und Zessionar einer Forderung ist das Recht massgebend, das nach diesem Übereinkommen auf den Vertrag zwischen ihnen anzuwenden ist.</p> <p>(2) Das Recht, dem die übertragene Forderung unterliegt, bestimmt ihre Übertragbarkeit, das Verhältnis zwischen Zessionar und Schuldner, die Voraussetzungen, unter denen die Übertragung dem Schuldner entgegengehalten werden kann, und die befreiende Wirkung einer Leistung durch den Schuldner.</p> | <p>Artikel 13 – Übertragung der Forderung</p> <p>1. Für die Verpflichtungen zwischen Zedent und Zessionar aus der Übertragung einer Forderung ist das Recht maßgebend, das nach dieser Verordnung auf den Vertrag zwischen ihnen anzuwenden ist.</p> <p>2. Das Recht, dem die übertragene Forderung unterliegt, bestimmt ihre Übertragbarkeit, das Verhältnis zwischen Zessionar und Schuldner die Voraussetzungen, unter denen die Übertragung dem Schuldner entgegengehalten werden kann, und die befreiende Wirkung einer Leistung durch den Schuldner.</p> <p>3. Für die Frage, ob die Übertragung der Forderung Dritten entgegengehalten werden kann, ist das Recht des Staates maßgebend, in dem der Zedent zum Zeitpunkt der Übertragung seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> |
| <p>Artikel 13 Gesetzlicher Forderungsübergang</p> <p>(1) Hat eine Person, der Gläubiger, eine vertragliche Forderung gegen eine andere Person, den Schuldner, und hat ein Dritter die Verpflichtung, den Gläubiger zu befriedigen, oder befriedigt er den Gläubiger aufgrund dieser Verpflichtung, so bestimmt das für die Verpflichtung des Dritten massgebende Recht, ob der Dritte die Forderung des Gläubigers gegen den Schuldner gemäss dem für deren Beziehungen massgebenden Recht ganz oder zu einem Teil geltend zu machen berechtigt ist.</p> <p>(2) Dies gilt auch, wenn mehrere Personen dieselbe vertragliche Forderung zu erfüllen haben und der Gläubiger von einer dieser Personen befriedigt worden ist.</p> | <p>Artikel 14 – Gesetzlicher Forderungsübergang</p> <p>Ist ein Dritter verpflichtet, den Gläubiger einer vertraglichen Forderung zu befriedigen, ist für das Rückgriffsrecht dieses Dritten gegen den Schuldner der vertraglichen Forderung das Recht maßgebend, das auf die Verpflichtung des Dritten zur Befriedigung des Gläubigers anzuwenden ist.</p> |
| | <p>Artikel 15 – Schuldnermehrheit</p> <p>Hat ein Gläubiger Rechte gegenüber mehreren Schuldnern, die gesamtschuldnerisch haften, und hat einer dieser Schuldner den Gläubiger bereits befriedigt, ist für das Recht dieses Schuldners, die übrigen Schuldner in Anspruch zu nehmen, das Recht maßgebend, das auf die Verpflichtung dieses Schuldners gegenüber dem Gläubiger anzuwenden ist. Enthält das auf die Verpflichtung eines Schuldners gegenüber dem Gläubiger anzuwendende Recht Vorschriften, die ihn vor Haftungsklagen schützen sollen, kann er sich gegenüber den anderen Schuldnern auf diese Vorschriften berufen.</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>Artikel 16 – Gesetzliche Aufrechnung</p> <p>Für die gesetzliche Aufrechnung gilt das Recht, das für die Verpflichtung maßgebend ist, gegen die aufgerechnet wird.</p> |
| <p>Artikel 14 Beweis</p> <p>(1) Das nach diesem Übereinkommen für den Vertrag massgebende Recht ist insoweit anzuwenden, als es für vertragliche Schuldverhältnisse gesetzliche Vermutungen aufstellt oder die Beweislast verteilt.</p> <p>(2) Zum Beweis eines Rechtsgeschäfts sind alle Beweisarten der lex fori oder eines jener in Artikel 9 bezeichneten Rechte, nach denen das Rechtsgeschäft formgültig ist, zulässig, sofern der Beweis in dieser Art vor dem angerufenen Gericht erbracht werden kann.</p> | <p>Artikel 17 – Beweis</p> <p>1. Das nach dieser Verordnung für den Vertrag maßgebende Recht ist insoweit anzuwenden, als es für vertragliche Schuldverhältnisse gesetzliche Vermutungen aufstellt oder die Beweislast verteilt.</p> <p>2. Zum Beweis eines Rechtsgeschäfts sind alle Beweisarten der lex fori oder eines der in Artikel 10 bezeichneten Rechte, nach denen das Rechtsgeschäft formgültig ist, zulässig, sofern der Beweis in dieser Art vor dem angerufenen Gericht erbracht werden kann.</p> |
| | <p>Artikel 18 – Gleichstellung mit dem gewöhnlichen Aufenthalt</p> <p>1. Im Sinne dieser Verordnung gilt als Ort des gewöhnlichen Aufenthalts einer Gesellschaft, eines Vereins oder einer juristische Person der Ort, an dem sich die Hauptverwaltung der Gesellschaft, des Vereins oder der juristischen Person befindet. Wird der Vertrag im Rahmen des Betriebs einer Zweigniederlassung, einer Agentur oder einer sonstigen Niederlassung geschlossen oder muss die Leistung dem Vertrag zufolge von einer solchen Niederlassung bewirkt werden, entspricht der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts dem Ort dieser Niederlassung.</p> <p>2. Wird der Vertrag im Rahmen der Ausübung der beruflichen Tätigkeit einer natürlichen Person geschlossen, gilt als Ort des gewöhnlichen Aufenthalts im Sinne dieser Verordnung der Ort ihrer beruflichen Niederlassung.</p> |
| <p>Artikel 15 Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung</p> <p>Unter dem nach diesem Übereinkommen anzuwendenden Recht eines Staates sind die in diesem Staat geltenden Rechtsnormen unter Ausschluss derjenigen des internationalen Privatrechts zu verstehen.</p> | <p>Artikel 19 – Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung</p> <p>Unter dem nach dieser Verordnung anzuwendenden Recht eines Staates sind die in diesem Staat geltenden materiellrechtlichen Rechtsnormen unter Ausschluss derjenigen des Internationalen Privatrechts zu verstehen.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>Artikel 16 Öffentliche Ordnung</p> <p>Die Anwendung einer Norm des nach diesem Übereinkommen bezeichneten Rechts kann nur versagt werden, wenn dies offensichtlich mit der öffentlichen Ordnung des Staates des angerufenen Gerichtes unvereinbar ist.</p> | <p>Artikel 20 – Öffentliche Ordnung</p> <p>Die Anwendung einer Norm des nach dieser Verordnung bezeichneten Rechts kann nur versagt werden, wenn dies mit der öffentlichen Ordnung des Staates des angerufenen Gerichts offensichtlich unvereinbar ist.</p> |
| <p>Artikel 17 Ausschluss der Rückwirkung</p> <p>Dieses Übereinkommen ist in einem Vertragsstaat auf Verträge anzuwenden, die geschlossen worden sind, nachdem das Übereinkommen für diesen Staat in Kraft getreten ist.</p> | |
| <p>Artikel 18 Einheitliche Auslegung</p> <p>Bei der Auslegung und Anwendung der vorstehenden einheitlichen Vorschriften ist ihrem internationalen Charakter und dem Wunsch Rechnung zu tragen, eine einheitliche Auslegung und Anwendung dieser Vorschriften zu erreichen.</p> | <p>Art. 68 Abs. 1 EG-Vertrag</p> |
| <p>Artikel 19 Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung</p> <p>(1) Umfasst ein Staat mehrere Gebietseinheiten, von denen jede für vertragliche Schuldverhältnisse ihre eigenen Rechtsnormen hat, so gilt für die Bestimmung des nach diesem Übereinkommen anzuwendenden Rechts jede Gebietseinheit als Staat.</p> <p>(2) Ein Staat, in dem verschiedene Gebietseinheiten ihre eigenen Rechtsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse haben, ist nicht verpflichtet, dieses Übereinkommen auf Kollisionen zwischen den Rechtsordnungen dieser Gebietseinheiten anzuwenden.</p> | <p>Artikel 21 – Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung</p> <p>Umfasst ein Staat mehrere Gebietseinheiten, von denen jede eigene Rechtsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse hat, so gilt für die Bestimmung des nach dieser Verordnung anzuwendenden Rechts jede Gebietseinheit als Staat.</p> |
| <p>Artikel 20 Vorrang des Gemeinschaftsrechts</p> <p>Dieses Übereinkommen berührt nicht die Anwendung der Kollisionsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse auf besonderen Gebieten, die in Rechtsakten der Organe der Europäischen Gemeinschaften oder in dem in Ausführung dieser Akte harmonisierten innerstaatlichen Recht enthalten sind oder enthalten sein werden.</p> | <p>Artikel 22 – Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten</p> <p>Diese Verordnung berührt nicht die Anwendung oder den Erlass von Rechtsakten durch Organe der Europäischen Gemeinschaften, die</p> <p>(a) in besonderen Bereichen Kollisionsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse enthalten; Anhang I enthält ein Verzeichnis solcher derzeit geltenden Rechtsakte;</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>(b) vertragliche Schuldverhältnisse regeln und nach dem Willen der Parteien auf Sachverhalte Anwendung finden, bei denen eine Normenkollision vorliegt;</p> <p>(c) Bestimmungen zur Förderung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts vorschreiben, soweit diese Bestimmungen nicht gemeinsam auf das durch das Internationale Privatrecht bezeichnete Recht Anwendung finden können.</p> |
| <p>Artikel 21 Verhältnis zu anderen Übereinkommen</p> <p>Dieses Übereinkommen berührt nicht die Anwendung internationaler Übereinkommen, denen ein Vertragsstaat angehört oder angehören wird.</p> | <p>Artikel 23 – Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission bis spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung das Verzeichnis der multilateralen Übereinkommen, denen sie beigetreten sind und die für bestimmte Rechtsbereiche Kollisionsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse enthalten. Die Kommission veröffentlicht dieses Verzeichnis innerhalb von sechs Monaten nach Eingang im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i>. Wird eines dieser Übereinkommen von einem Mitgliedstaat gekündigt, so setzt dieser Mitgliedstaat die Kommission davon in Kenntnis, die innerhalb von sechs Monaten nach Eingang dieser Mitteilung die Kündigung im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i> veröffentlicht. 2. Diese Verordnung lässt die Anwendung der Übereinkommen im Sinne von Absatz 1 unberührt. Befinden sich jedoch alle relevanten Sachverhaltselemente zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses in einem oder mehreren Mitgliedstaaten, geht diese Verordnung folgenden Übereinkommen vor: <ul style="list-style-type: none"> - Haager Übereinkommen vom 15. Juni 1955 betreffend das auf internationale Kaufverträge über bewegliche körperliche Sachen anzuwendende Recht; - Haager Übereinkommen vom 14. März 1978 über das auf Vertreterverträge und die Stellvertretung anzuwendende Recht. 3. Soweit diese Übereinkommen Bereiche betreffen, die von dieser Verordnung geregelt werden, geht diese auch den in Anhang II aufgeführten bilateralen internationalen Übereinkommen zwischen Mitgliedstaaten vor. |
| <p>Artikel 22 Vorbehalte</p> <p>(1) Jeder Vertragsstaat kann sich bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung, der Annahme oder der Zustimmung das Recht vorbehalten, folgende Bestimmungen nicht anzuwenden:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Artikel 7 Absatz 1, b) Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe e). | <p>Fällt weg</p> |

| | |
|---|-----------|
| <p>(2) ...</p> <p>(3) Jeder Vertragsstaat kann jederzeit einen von ihm eingelegten Vorbehalt zurückziehen ; der Vorbehalt wird am ersten Tag des dritten Kalendermonats nach Notifizierung der Rücknahme unwirksam.</p> | |
| <p>Artikel 23</p> <p>(1) Wünscht ein Vertragsstaat, nachdem dieses Übereinkommen für ihn in Kraft getreten ist, eine neue Kollisionsnorm für eine bestimmte Gruppe von Verträgen einzuführen, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen, so teilt er seine Absicht den anderen Unterzeichnerstaaten über den Generalsekretär des Rates der Europaeischen Gemeinschaften mit.</p> <p>(2) Innerhalb von sechs Monaten nach der Mitteilung an den Generalsekretär des Rates kann jeder Unterzeichnerstaat bei diesem beantragen, Konsultationen mit den Unterzeichnerstaaten einzuleiten, um zu einem Einvernehmen zu gelangen.</p> <p>(3) Hat innerhalb dieser Frist kein Unterzeichnerstaat Konsultationen beantragt oder haben die Konsultationen innerhalb von zwei Jahren nach Mitteilung an den Generalsekretär des Rates nicht zu einem Einvernehmen geführt, so kann der betreffende Vertragsstaat sein Recht ändern. Die von diesem Staat getroffene Massnahme wird den anderen Unterzeichnerstaaten über den Generalsekretär des Rates der Europaeischen Gemeinschaften zur Kenntnis gebracht.</p> | Fällt weg |
| <p>Artikel 30</p> <p>(1) Dieses Übereinkommen wird für zehn Jahre vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens nach Artikel 29 Absatz 1 an geschlossen ; dies gilt auch für die Staaten, für die es nach diesem Zeitpunkt in Kraft tritt.</p> <p>(2) Vorbehaltlich einer Kündigung verlängert sich die Dauer dieses Übereinkommens stillschweigend jeweils um fünf Jahre.</p> <p>(3) Die Kündigung ist dem Generalsekretär des Rates der Europaeischen Gemeinschaften mindestens sechs Monate vor Ablauf der zehnjährigen oder fünfjährigen Frist zu notifizieren. Sie kann auf eines der Gebiete beschränkt werden, auf das dieses Übereinkommen nach Artikel 27 Absatz 2 erstreckt worden ist.</p> | Fällt weg |

| | |
|---|--|
| <p>(4) Die Kündigung hat nur Wirkung gegenüber dem Staat, der sie notifiziert hat. Für die anderen Vertragsstaaten bleibt das Übereinkommen in Kraft.</p> | |
| | <p>Anhang I Verzeichnis der Rechtsakte gemäß Artikel 22 Buchstabe a</p> <ul style="list-style-type: none"> – Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern – Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen – Zweite Richtlinie „Schadenversicherung“ (Richtlinie 88/357/EWG vom 22.6.1988, geändert und ergänzt durch die Richtlinien 92/49/EWG und 2002/13/EG) – Zweite Richtlinie „Lebensversicherung“ (Richtlinie 90/619/EWG vom 8.1.1990, geändert und ergänzt durch die Richtlinien 92/96/EWG und 2002/12/EG) <p>Anhang II Verzeichnis der bilateralen Übereinkommen gemäß Artikel 23 Absatz 3</p> <ul style="list-style-type: none"> – [...] |

SYNOPSIS (version française)¹⁴

Convention de Rome de 1980 sur la loi applicable aux obligations contractuelles
Proposition de Règlement du Parlement Européen et du Conseil sur la loi applicable aux obligations contractuelles (Rome I)

| Convention de Rome de 1980 sur la loi applicable aux obligations contractuelles | Proposition de Règlement du Parlement Européen et du Conseil sur la loi applicable aux obligations contractuelles (Rome I) |
|--|--|
| <p>Article premier Champ d'application</p> <p>1. Les dispositions de la présente convention sont applicables, dans les situations comportant un conflit de lois, aux obligations contractuelles.</p> <p>2. Elles ne s'appliquent pas:</p> <p>a) à l'état et à la capacité des personnes physiques, sous réserve de l'article 11;</p> <p>b) aux obligations contractuelles concernant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - les testaments et successions, - les régimes matrimoniaux, - les droits des devoirs découlant des relations de famille, de parenté, de mariage ou d'alliance, y compris les obligations alimentaires envers les enfants non légitimes; <p>c) aux obligations nées de lettres de change, chèques, billets à ordre ainsi que d'autres instruments négociables, dans la mesure où les obligations nées de ces autres instruments dérivent de leur caractère négociable;</p> <p>d) aux conventions d'arbitrage et d'élection de for;</p> <p>e) aux questions relevant du droit des sociétés, associations et personnes morales, telles que la constitution, la capacité juridique, le fonctionnement interne et la dissolution des sociétés, associations et personnes morales, ainsi que la responsabilité personnelle légale des associés et des organes pour les dettes de la société, association ou personne morale;</p> <p>f) à la question de savoir si un intermédiaire peut engager, envers les tiers, la personne pour le compte de laquelle il prétend agir ou si un organe d'une société, d'une association ou d'une personne morale peut engager, envers les tiers, cette société, association ou personne morale;</p> | <p>Article premier – Champ d'application matériel</p> <p>1. Le présent règlement s'applique, dans des situations comportant un conflit de lois, aux obligations contractuelles relevant de la matière civile et commerciale. Il ne s'applique pas, notamment, aux matières fiscales, douanières et administratives.</p> <p>2. Sont exclus du champ d'application du présent règlement:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) l'état et la capacité des personnes physiques, sous réserve de l'article 12 ; (b) les obligations découlant des relations de famille ou des relations qui, conformément à la loi qui leur est applicable, produisent des effets similaires, y compris les obligations alimentaires ; (c) les obligations découlant des régimes matrimoniaux ou des régimes de propriété de relations qui, sous la loi qui leur est applicable, produisent des effets similaires au mariage, des testaments et des successions ; (d) les obligations nées des lettres de change, chèques, billets à ordre ainsi que d'autres instruments négociables, dans la mesure où les obligations nées de ces autres instruments négociables dérivent de leur caractère négociable ; (e) les conventions d'arbitrage et d'élection de for ; (f) les questions relevant du droit des sociétés, associations et personnes morales, telles que leur constitution, capacité juridique, fonctionnement interne et dissolution, ainsi que la responsabilité personnelle légale des associés et des organes pour les dettes de la société, association ou personne morale ainsi que la question de savoir si un organe d'une société, d'une association ou d'une personne morale peut engager, envers les tiers, cette société, association et personne morale ; (g) la constitution des trusts, les relations qu'ils créent entre les constituants, les trustees et les bénéficiaires ; |

¹⁴ Réalisé par Bart Volders, Collaborateur scientifique ISDC

| | |
|---|---|
| <p>g) à la constitution des trusts, aux relations qu'ils créent entre les constituants, les trustees et les bénéficiaires;</p> <p>h) à la preuve et à la procédure, sous réserve de l'article 14.</p> <p>3. Les dispositions de la présente convention ne s'appliquent pas aux contrats d'assurance qui couvrent des risques situés dans les territoires des États membres de la Communauté économique européenne. Pour déterminer si un risque est situé dans ces territoires, le juge applique sa loi interne.</p> <p>4. Le paragraphe précédent ne concerne pas les contrats de réassurance.</p> | <p>(h) la preuve et la procédure, sous réserve de l'article 17 ;</p> <p>(i) les obligations découlant d'une relation précontractuelle.</p> <p>3. Dans le présent règlement, on entend par "État membre" tous les États membres à l'exception du Danemark [, de l'Irlande et du Royaume-Uni].</p> |
| <p>Article 2 Caractère universel</p> <p>La loi désignée par la présente convention s'applique même si cette loi est celle d'un État non contractant.</p> | <p>Article 2 – Application de la loi d'un pays tiers</p> <p>La loi désignée par le présent règlement s'applique même si cette loi n'est pas celle d'un État membre.</p> |
| <p>Article 3 Liberté de choix</p> <p>1. Le contrat est régi par la loi choisie par les parties. Ce choix doit être exprès ou résulter de façon certaine des dispositions du contrat ou des circonstances de la cause. Par ce choix, les parties peuvent désigner la loi applicable à la totalité ou à une partie seulement de leur contrat.</p> <p>2. Les parties peuvent convenir, à tout moment, de faire régir le contrat par une loi autre que celle qui le régissait auparavant soit en vertu d'un choix antérieur selon le présent article, soit en vertu d'autres dispositions de la présente convention. Toute modification quant à la détermination de la loi applicable, intervenue postérieurement à la conclusion du contrat, n'affecte pas la validité formelle du contrat au sens de l'article 9 et ne porte pas atteinte aux droits des tiers.</p> <p>3. Le choix par les parties d'une loi étrangère, assorti ou non de celui d'un tribunal étranger, ne peut, lorsque tous les autres éléments de la situation sont localisés au moment de ce choix dans un seul pays, porter atteinte aux dispositions auxquelles la loi de ce pays ne permet pas de déroger par contrat, ci-après dénommées «dispositions impératives».</p> <p>4. L'existence et la validité du consentement des parties quant au choix de la loi applicable sont régies par les dispositions établies aux articles 8, 9 et 11.</p> | <p>Article 3 – Liberté de choix</p> <p>1. Sous réserve des articles 5, 6 et 7, le contrat est régi par la loi choisie par les parties. Le choix peut être exprès ou résulter de façon certaine des dispositions du contrat, du comportement des parties ou des circonstances de la cause. Si les parties sont convenues d'un tribunal ou des tribunaux d'un État membre pour connaître des différends nés ou à naître relatifs au contrat, il est présumé que les parties ont également entendu choisir la loi de cet État membre. Par ce choix, les parties peuvent désigner la loi applicable à la totalité ou à une partie seulement de leur contrat.</p> <p>2. Les parties peuvent également choisir comme loi applicable des principes et règles de droit matériel des contrats, reconnus au niveau international ou communautaire. Toutefois, les questions concernant les matières régies par ces principes ou règles et qui ne sont pas expressément tranchées par eux seront réglées selon les principes généraux dont ils s'inspirent, ou, à défaut de ces principes, conformément à la loi applicable à défaut de choix en vertu du présent règlement.</p> <p>3. Les parties peuvent convenir, à tout moment, de faire régir le contrat par une loi autre que celle qui le régissait auparavant soit en vertu d'un choix antérieur selon le présent article, soit en vertu d'autres dispositions du présent règlement. Toute modification quant à la détermination de la loi applicable, intervenue postérieurement à la conclusion du contrat, n'affecte pas la validité formelle du contrat au sens de l'article 10 et ne porte pas atteinte aux droits des tiers.</p> <p>4. Le choix par les parties d'une loi conformément aux paragraphes 1 ou 2, assorti ou non de celui d'un tribunal étranger, ne peut, lorsque tous les éléments de la situation sont localisés</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>au moment de ce choix dans un seul pays, porter atteinte aux dispositions auxquelles la loi de ce pays ne permet pas de déroger par contrat, ci-après dénommées « dispositions impératives ».</p> <p>5. Le choix par les parties de la loi d'un État non membre ne peut pas porter atteinte à l'application des dispositions impératives du droit communautaire lorsqu'elles seraient applicables au cas d'espèce.</p> <p>6. L'existence et la validité du consentement des parties quant au choix de la loi applicable sont régies par les dispositions établies aux articles 9, 10 et 12.</p> |
| <p>Article 4 Loi applicable à défaut de choix</p> <p>1. Dans la mesure où la loi applicable au contrat n'a pas été choisie conformément aux dispositions de l'article 3, le contrat est régi par la loi du pays avec lequel il présente les liens les plus étroits. Toutefois, si une partie du contrat est séparable du reste du contrat et présente un lien plus étroit avec un autre pays, il pourra être fait application, à titre exceptionnel, à cette partie du contrat de la loi de cet autre pays.</p> <p>2. Sous réserve du paragraphe 5, il est présumé que le contrat présente les liens les plus étroits avec le pays où la partie qui doit fournir la prestation caractéristique a, au moment de la conclusion du contrat, sa résidence habituelle ou, s'il s'agit d'une société, association ou personne morale, son administration centrale. Toutefois, si le contrat est conclu dans l'exercice de l'activité professionnelle de cette partie, ce pays est celui où est situé son principal établissement ou, si, selon le contrat, la prestation doit être fournie par un établissement autre que l'établissement principal, celui où est situé cet autre établissement.</p> <p>3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, dans la mesure où le contrat a pour objet un droit réel immobilier ou un droit d'utilisation d'un immeuble, il est présumé que le contrat présente les liens les plus étroits avec le pays où est situé l'immeuble.</p> <p>4. Le contrat de transport de marchandises n'est pas soumis à la présomption du paragraphe 2. Dans ce contrat, si le pays dans lequel le transporteur a son établissement principal au moment de la conclusion du contrat est aussi celui dans lequel est situé le lieu de chargement ou de déchargement ou l'établissement principal de l'expéditeur, il est présumé que le contrat a les liens les plus étroits avec ce pays. Pour l'application du présent paragraphe,</p> | <p>Article 4 – Loi applicable à défaut de choix</p> <p>1. A défaut de choix exercé conformément à l'article 3, la loi applicable aux contrats suivants est déterminée comme suit :</p> <p>(a) le contrat de vente est régi par la loi du pays dans lequel le vendeur a sa résidence habituelle (b) le contrat de prestation de services est régi par la loi du pays dans lequel le prestataire de service a sa résidence habituelle ; (c) le contrat de transport est régi par la loi du pays dans lequel le transporteur a sa résidence habituelle ; (d) le contrat ayant pour objet un droit réel immobilier ou un droit d'utilisation d'un immeuble est régi par la loi du pays où est situé l'immeuble ; (e) nonobstant le point d), le bail d'immeuble conclu en vue de l'usage personnel temporaire pour une période maximale de six mois consécutifs est régi par la loi du pays où le propriétaire a sa résidence habituelle, à condition que le locataire soit une personne physique et qu'il ait sa résidence habituelle dans ce même pays ; (f) le contrat portant sur la propriété intellectuelle ou industrielle est régi par la loi du pays dans lequel celui qui transfère ou concède les droits a sa résidence habituelle ; (g) le contrat de franchise est régi par la loi du pays dans lequel le franchisé a sa résidence habituelle ; (h) le contrat de distribution est régi par la loi du pays dans lequel le distributeur a sa résidence habituelle.</p> <p>2. Les contrats qui ne sont pas visés au paragraphe 1 sont régis par la loi du pays dans lequel la partie qui doit fournir la prestation caractéristique a, au moment de la conclusion du contrat, sa résidence habituelle. Lorsque la prestation caractéristique ne peut être déterminée, le contrat est régi par la loi du pays avec lequel il présente les liens les plus étroits.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>sont considérés comme contrats de transport de marchandises les contrats d'affrètement pour un seul voyage ou d'autres contrats lorsqu'ils ont principalement pour objet de réaliser un transport de marchandises.</p> <p>5. L'application du paragraphe 2 est écartée lorsque la prestation caractéristique ne peut être déterminée. Les présomptions des paragraphes 2, 3 et 4 sont écartées lorsqu'il résulte de l'ensemble des circonstances que le contrat présente des liens plus étroits avec un autre pays.</p> | |
| <p>Article 5 Contrats conclus par les consommateurs</p> <p>1. Le présent article s'applique aux contrats ayant pour objet la fourniture d'objets mobiliers corporels ou de services à une personne, le consommateur, pour un usage pouvant être considéré comme étranger à son activité professionnelle, ainsi qu'aux contrats destinés au financement d'une telle fourniture.</p> <p>2. Nonobstant les dispositions de l'article 3, le choix par les parties de la loi applicable ne peut avoir pour résultat de priver le consommateur de la protection que lui assurent les dispositions impératives de la loi du pays dans lequel il a sa résidence habituelle:</p> <ul style="list-style-type: none"> - si la conclusion du contrat a été précédée dans ce pays d'une proposition spécialement faite ou d'une publicité, et si le consommateur a accompli dans ce pays les actes nécessaires à la conclusion du contrat - ou si le cocontractant du consommateur ou son représentant a reçu la commande du consommateur dans ce pays - ou si le contrat est une vente de marchandises et que le consommateur se soit rendu de ce pays dans un pays étranger et y ait passé la commande, à la condition que le voyage ait été organisé par le vendeur dans le but d'inciter le consommateur à conclure une vente. <p>3. Nonobstant les dispositions de l'article 4 et à défaut de choix exercé conformément à l'article 3, ces contrats sont régis par la loi du pays dans lequel le consommateur a sa résidence habituelle, s'ils sont intervenus dans les circonstances décrites au paragraphe 2 du présent article.</p> <p>4. Le présent article ne s'applique pas:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) au contrat de transport; b) au contrat de fourniture de services lorsque les services dus au consommateur doivent être fournis exclusivement dans un pays autre que celui dans lequel il a sa résidence habituelle. | <p>Article 5 – Contrats de consommation</p> <p>1. Les contrats de consommation au sens et dans les conditions prévus au paragraphe suivant, sont régis par la loi de l'État membre dans lequel le consommateur a sa résidence habituelle.</p> <p>2. Le paragraphe premier s'applique aux contrats conclus par une personne physique, le consommateur, qui a sa résidence habituelle dans un État membre, pour un usage pouvant être considéré comme étranger à son activité professionnelle, avec une autre personne, le professionnel, agissant dans l'exercice de son activité professionnelle. Il s'applique à condition que le contrat ait été conclu avec un professionnel qui exerce des activités commerciales ou professionnelles dans l'État membre de la résidence habituelle du consommateur ou qui, par tout moyen, dirige ces activités vers cet État membre ou vers plusieurs pays dont cet État membre, et que le contrat rentre dans le cadre de ces activités, à moins que le professionnel n'ignorait le lieu de la résidence habituelle du consommateur et que cette ignorance n'était pas imputable à une imprudence de sa part.</p> <p>3. Le paragraphe premier ne s'applique pas aux contrats suivants:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) aux contrats de fourniture de services lorsque les services dus au consommateur doivent être fournis exclusivement dans un pays autre que celui dans lequel il a sa résidence habituelle ; (b) aux contrats de transport autres que les contrats portant sur un voyage à forfait au sens de la directive 90/314/CEE du 13 juin 1990 ; (c) aux contrats ayant pour objet un droit réel immobilier ou un droit d'utilisation d'un immeuble autres que les contrats ayant pour objet un droit d'utilisation à temps partiel au sens de la directive 94/47/CE du 26 octobre 1994. |

| | |
|--|---|
| <p>5. Nonobstant les dispositions du paragraphe 4, le présent article s'applique au contrat offrant pour un prix global des prestations combinées de transport et de logement.</p> | |
| <p>Article 6 Contrat individuel de travail</p> <p>1. Nonobstant les dispositions de l'article 3, dans le contrat de travail, le choix par les parties de la loi applicable ne peut avoir pour résultat de priver le travailleur de la protection que lui assurent les dispositions impératives de la loi qui serait applicable, à défaut de choix, en vertu du paragraphe 2 du présent article.</p> <p>2. Nonobstant les dispositions de l'article 4 et à défaut de choix exercé conformément à l'article 3, le contrat de travail est régi:</p> <p>a) par la loi du pays où le travailleur, en exécution du contrat, accomplit habituellement son travail, même s'il est détaché à titre temporaire dans un autre pays</p> <p>ou</p> <p>b) si le travailleur n'accomplit pas habituellement son travail dans un même pays, par la loi du pays où se trouve l'établissement qui a embauché le travailleur, à moins qu'il ne résulte de l'ensemble des circonstances que le contrat de travail présente des liens plus étroits avec un autre pays, auquel cas la loi de cet autre pays est applicable.</p> | <p>Article 6 – Contrats individuels de travail</p> <p>1. Nonobstant les dispositions de l'article 3, dans le contrat individuel de travail, le choix par les parties de la loi applicable ne peut avoir pour résultat de priver le travailleur de la protection que lui assurent les dispositions impératives de la loi qui serait applicable, à défaut de choix, en vertu du présent article.</p> <p>2. A défaut de choix exercé conformément à l'article 3, le contrat individuel de travail est régi</p> <p>(a) par la loi du pays dans lequel ou à partir duquel le travailleur, en exécution du contrat, accomplit habituellement son travail. Le lieu d'accomplissement habituel du travail n'est pas réputé changer lorsque le travailleur accomplit son travail de façon temporaire dans un autre pays. L'accomplissement du travail dans un autre pays est considéré comme temporaire lorsque le travailleur est censé reprendre son travail dans le pays d'origine après l'accomplissement de sa tâche à l'étranger. La conclusion d'un nouveau contrat de travail avec l'employeur originaire ou avec un employeur appartenant au même groupe de sociétés que l'employeur originaire, n'exclut pas que le travailleur accomplit son travail dans un autre pays de façon temporaire ;</p> <p>(b) si le travailleur n'accomplit pas habituellement son travail dans ou à partir d'un même pays ou s'il accomplit habituellement son travail dans un espace non soumis à une souveraineté nationale, par la loi du pays où se trouve l'établissement qui a embauché le travailleur.</p> <p>3. La loi désignée par le paragraphe 2 peut être écartée lorsqu'il résulte de l'ensemble des circonstances que le contrat de travail présente des liens plus étroits avec un autre pays ; dans ce cas, la loi de cet autre pays est applicable.</p> |
| | <p>Article 7 – Contrats conclus par un intermédiaire</p> <p>1. A défaut de choix exercé conformément à l'article 3, le contrat entre le représenté et l'intermédiaire est régi par la loi du pays dans lequel l'intermédiaire a sa résidence habituelle, à moins que l'intermédiaire exerce ou doit exercer à titre principal son activité dans le pays dans lequel le représenté a sa résidence habituelle, auquel cas la loi de ce pays s'applique.</p> <p>2. Le rapport entre le représenté et le tiers dérivant du fait que l'intermédiaire a agi</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>dans l'exercice de ses pouvoirs, au-delà de ses pouvoirs ou sans pouvoirs, est régi par la loi de la résidence habituelle de l'intermédiaire au moment où il a agi. Toutefois, la loi applicable est celle du pays dans lequel l'intermédiaire a agi si, soit le représenté au nom duquel l'intermédiaire a agi, soit le tiers ont leur résidence habituelle dans ce pays ou si l'intermédiaire y a agi en bourse ou pris part à une vente aux enchères.</p> <p>3. Nonobstant le paragraphe 2, lorsque la loi applicable au rapport couvert par ledit paragraphe a fait l'objet, de la part du représenté ou du tiers, d'une désignation écrite acceptée expressément par l'autre partie, la loi ainsi désignée est applicable à ces questions.</p> <p>4. La loi désignée au paragraphe 2 régit également le rapport entre l'intermédiaire et le tiers dérivant du fait que l'intermédiaire a agi dans l'exercice de ses pouvoirs, au-delà de ses pouvoirs ou sans pouvoirs.</p> |
| <p>Article 7 Lois de police</p> <p>1. Lors de l'application, en vertu de la présente convention, de la loi d'un pays déterminé, il pourra être donné effet aux dispositions impératives de la loi d'un autre pays avec lequel la situation présente un lien étroit, si et dans la mesure où, selon le droit de ce dernier pays, ces dispositions sont applicables quelle que soit la loi régissant le contrat. Pour décider si effet doit être donné à ces dispositions impératives, il sera tenu compte de leur nature et de leur objet ainsi que des conséquences qui découleraient de leur application ou de leur non-application.</p> <p>2. Les dispositions de la présente convention ne pourront porter atteinte à l'application des règles de la loi du pays du juge qui régissent impérativement la situation quelle que soit la loi applicable au contrat.</p> | <p>Article 8 – Lois de police</p> <p>1. Une loi de police est une disposition impérative dont le respect est jugé crucial par un pays pour la sauvegarde de son organisation politique, sociale ou économique, au point d'en exiger l'application à toute situation entrant dans son champ d'application, quelle que soit par ailleurs la loi applicable au contrat d'après le présent règlement.</p> <p>2. Les dispositions du présent règlement ne pourront porter atteinte à l'application des lois de police du juge saisi.</p> <p>3. Il pourra également être donné effet aux lois de police d'un autre pays que celui du for, avec lequel la situation présente un lien étroit. Pour décider si effet doit être donné à ces lois, le juge tiendra compte de leur nature et de leur objet conformément à la définition du paragraphe 1er, ainsi que des conséquences qui découleraient de leur application ou de leur non application pour l'objectif poursuivi par la loi de police concernée ainsi que pour les parties.</p> |
| <p>Article 8 Consentement et validité au fond</p> <p>1. L'existence et la validité du contrat ou d'une disposition de celui-ci sont soumises à la loi qui serait applicable en vertu de la présente convention si le contrat ou la disposition étaient valables.</p> <p>2. Toutefois, pour établir qu'elle n'a pas consenti, une partie peut se référer à la</p> | <p>Article 9 – Consentement et validité au fond</p> <p>1. L'existence et la validité du contrat ou d'une disposition de celui-ci sont soumises à la loi qui serait applicable en vertu du présent règlement si le contrat ou la disposition étaient valables.</p> <p>2. Toutefois, pour établir qu'elle n'a pas consenti, une partie peut se référer à la loi du pays</p> |

| | |
|--|---|
| <p>loi du pays dans lequel elle a sa résidence habituelle s'il résulte des circonstances qu'il ne serait pas raisonnable de déterminer l'effet du comportement de cette partie d'après la loi prévue au paragraphe précédent.</p> | <p>dans lequel elle a sa résidence habituelle s'il résulte des circonstances qu'il ne serait pas raisonnable de déterminer l'effet du comportement de cette partie d'après la loi prévue au paragraphe précédent.</p> |
| <p>Article 9 Forme</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Un contrat conclu entre des personnes qui se trouvent dans un même pays est valable quant à la forme s'il satisfait aux conditions de forme de la loi qui le régit au fond en vertu de la présente convention ou de la loi du pays dans lequel il a été conclu. 2. Un contrat conclu entre des personnes qui se trouvent dans des pays différents est valable quant à la forme s'il satisfait aux conditions de forme de la loi qui le régit au fond en vertu de la présente convention ou de la loi de l'un de ces pays. 3. Lorsque le contrat est conclu par un représentant, le pays où le représentant se trouve au moment où il agit est celui qui doit être pris en considération pour l'application des paragraphes 1 et 2. 4. Un acte juridique unilatéral relatif à un contrat conclu ou à conclure est valable quant à la forme s'il satisfait aux conditions de forme de la loi qui régit ou régirait au fond le contrat en vertu de la présente convention ou de la loi du pays dans lequel cet acte est intervenu. 5. Les dispositions des paragraphes précédents ne s'appliquent pas aux contrats qui entrent dans le champ d'application de l'article 5, conclus dans les circonstances qui y sont décrites au paragraphe 2. La forme de ces contrats est régie par la loi du pays dans lequel le consommateur a sa résidence habituelle. 6. Nonobstant les dispositions des quatre premiers paragraphes du présent article, tout contrat ayant pour objet un droit réel immobilier ou un droit d'utilisation d'un immeuble est soumis aux règles de forme impératives de la loi du pays où l'immeuble est situé, pour autant que selon cette loi elles s'appliquent indépendamment du lieu de conclusion du contrat et de la loi le régissant au fond. | <p>Article 10 – Validité formelle du contrat</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Un contrat est valable quant à la forme s'il satisfait aux conditions de forme de la loi qui le régit au fond en vertu du présent règlement ou de la loi du pays dans lequel se trouve l'une ou l'autre des parties ou son agent au moment de sa conclusion ou de la loi du pays ou l'une ou l'autre a sa résidence habituelle à ce moment. 2. Un acte juridique unilatéral relatif à un contrat conclu ou à conclure est valable quant à la forme s'il satisfait aux conditions de forme de la loi qui régit ou régirait au fond le contrat en vertu du présent règlement ou de la loi du pays dans lequel cet acte est intervenu ou de la loi du pays dans lequel la personne qui l'a établi avait sa résidence habituelle à ce moment. 3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas aux contrats qui entrent dans le champ d'application de l'article 5. La forme de ces contrats est régie par la loi du pays dans lequel le consommateur a sa résidence habituelle. 4. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 à 3 du présent article, tout contrat ayant pour objet un droit réel immobilier ou un droit d'utilisation d'un immeuble est soumis aux règles de forme impératives de la loi du pays où l'immeuble est situé, pour autant que selon cette loi il s'agit de lois de police au sens de l'article 8 du présent règlement. |
| <p>Article 10 Domaine de la loi du contrat</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. La loi applicable au contrat en vertu des articles 3 à 6 et de l'article 12 de la présente convention régit notamment: | <p>Article 11 – Domaine de la loi du contrat</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. La loi applicable au contrat en vertu du présent règlement régit notamment: |

| | |
|---|--|
| <p>a) son interprétation; b) l'exécution des obligations qu'il engendre; c) dans les limites des pouvoirs attribués au tribunal par sa loi de procédure, les conséquences de l'inexécution totale ou partielle de ces obligations, y compris l'évaluation du dommage dans la mesure où des règles de droit la gouvernent; d) les divers modes d'extinction des obligations, ainsi que les prescriptions et déchéances fondées sur l'expiration d'un délai; e) les conséquences de la nullité du contrat.</p> <p>2. En ce qui concerne les modalités d'exécution et les mesures à prendre par le créancier en cas de défaut dans l'exécution on aura égard à la loi du pays où l'exécution a lieu.</p> | <p>(a) son interprétation ; (b) l'exécution des obligations qu'il engendre ; (c) dans les limites des pouvoirs attribués au tribunal par sa loi de procédure, les conséquences de l'inexécution totale ou partielle de ces obligations, y compris l'évaluation du dommage dans la mesure où des règles de droit la gouvernent ; (d) les divers modes d'extinction des obligations, ainsi que les prescriptions et déchéances fondées sur l'expiration d'un délai ; (e) les conséquences de la nullité du contrat.</p> <p>2. En ce qui concerne les modalités d'exécution et les mesures à prendre par le créancier en cas de défaut dans l'exécution on aura égard à la loi du pays où l'exécution a lieu.</p> |
| <p>Article 11 Incapacité</p> <p>Dans un contrat conclu entre personnes se trouvant dans un même pays, une personne physique qui serait capable selon la loi de ce pays ne peut invoquer son incapacité résultant d'une autre loi que si, au moment de la conclusion du contrat, le cocontractant a connu cette incapacité ou ne l'a ignorée qu'en raison d'une imprudence de sa part.</p> | <p>Article 12 – Incapacité</p> <p>Dans un contrat conclu entre personnes se trouvant dans un même pays, une personne physique qui serait capable selon la loi de ce pays ne peut invoquer son incapacité résultant d'une autre loi que si, au moment de la conclusion du contrat, le cocontractant a connu cette incapacité ou ne l'a ignorée qu'en raison d'une imprudence de sa part.</p> |
| <p>Article 12 Cession de créance</p> <p>1. Les obligations entre le cédant et le cessionnaire d'une créance sont régies par la loi qui, en vertu de la présente convention, s'applique au contrat qui les lie.</p> <p>2. La loi qui régit la créance cédée détermine le caractère cessible de celle-ci, les rapports entre cessionnaire et débiteur, les conditions d'opposabilité de la cession au débiteur et le caractère libératoire de la prestation faite par le débiteur.</p> | <p>Article 13 – Cession de créances et subrogation conventionnelle</p> <p>1. Les obligations entre le cédant et le cessionnaire ou entre le subrogeant et le subrogé sont régies par la loi qui, en vertu du présent règlement, s'applique au contrat qui les lie.</p> <p>2. La loi qui régit la créance cédée détermine le caractère cessible de celle-ci, les rapports entre cessionnaire ou subrogeant et débiteur, les conditions d'opposabilité de la cession ou subrogation au débiteur et le caractère libératoire de la prestation faite par le débiteur.</p> <p>3. La loi du pays dans lequel le cédant ou le subrogeant a sa résidence habituelle au moment de la cession ou du transfert régit l'opposabilité de la cession ou de la subrogation aux tiers.</p> |
| <p>Article 13 Subrogation</p> <p>1. Lorsque, en vertu d'un contrat, une personne, le créancier, a des droits à</p> | <p>Article 14 – Subrogation légale</p> <p>Lorsqu'un tiers a l'obligation de désintéresser une personne créancière d'une obligation</p> |

| | |
|--|--|
| <p>l'égard d'une autre personne, le débiteur, et qu'un tiers a l'obligation de désintéresser le créancier ou encore que le tiers a désintéressé le créancier en exécution de cette obligation, la loi applicable à cette obligation du tiers détermine si celui-ci peut exercer en tout ou en partie les droits détenus par le créancier contre le débiteur selon la loi régissant leurs relations.</p> <p>2. La même règle s'applique lorsque plusieurs personnes sont tenues de la même obligation contractuelle et que le créancier a été désintéressé par l'une d'elles.</p> | <p>contractuelle, le droit de recours de ce tiers contre le débiteur de l'obligation contractuelle est régi par la loi applicable à l'obligation de désintéressement de ce tiers.</p> |
| | <p>Article 15 – Pluralité de débiteurs</p> <p>Lorsqu'un créancier a des droits à l'égard de plusieurs débiteurs qui sont conjointement responsables, et lorsque l'un de ces débiteurs a déjà désintéressé le créancier, le droit de ce débiteur de se retourner contre les autres débiteurs est régi par la loi applicable à l'obligation de ce débiteur envers le créancier. Lorsque la loi applicable à l'obligation d'un débiteur envers le créancier prévoit des règles destinées à le protéger contre des actions en responsabilité, il peut également les invoquer à l'encontre des autres débiteurs.</p> |
| | <p>Article 16 – Compensation légale</p> <p>Le droit applicable à la compensation légale est celle de l'obligation contre laquelle la compensation est invoquée.</p> |
| <p>Article 14 Preuve</p> <p>1. La loi régissant le contrat en vertu de la présente convention s'applique dans la mesure où, en matière d'obligations contractuelles, elle établit des présomptions légales ou répartit la charge de la preuve.</p> <p>2. Les actes juridiques peuvent être prouvés par tout mode de preuve admis soit par la loi du for, soit par l'une des lois visées à l'article 9, selon laquelle l'acte est valable quant à la forme, pour autant que la preuve puisse être administrée selon ce mode devant le tribunal saisi.</p> | <p>Article 17 – Preuve</p> <p>1. La loi régissant le contrat en vertu du présent règlement s'applique dans la mesure où, en matière d'obligations contractuelles, elle établit des présomptions légales ou répartit la charge de la preuve.</p> <p>2. Les actes juridiques peuvent être prouvés par tout mode de preuve admis soit par la loi du for, soit par l'une des lois visées à l'article 10, selon laquelle l'acte est valable quant à la forme, pour autant que la preuve puisse être administrée selon ce mode devant le tribunal saisi.</p> |
| | <p>Article 18 – Assimilation à la résidence habituelle</p> <p>1. Aux fins du présent règlement, la résidence habituelle d'une société, association ou personne morale est située au lieu de son administration centrale.</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>Lorsque le contrat est conclu dans le cadre de l'exploitation d'une succursale, d'une agence ou de tout autre établissement, ou si, selon le contrat, la prestation doit être fournie par un tel établissement, la résidence habituelle est située au lieu de cet établissement.</p> <p>2. Aux fins du présent règlement, lorsque le contrat est conclu dans l'exercice de l'activité professionnelle d'une personne physique, sa résidence habituelle est située au lieu de son établissement professionnel.</p> |
| <p>Article 15 Exclusion du renvoi</p> <p>Lorsque la présente convention prescrit l'application de la loi d'un pays, elle entend les règles de droit en vigueur dans ce pays à l'exclusion des règles de droit international privé.</p> | <p>Article 19 – Exclusion du renvoi</p> <p>Lorsque le présent règlement prescrit l'application de la loi d'un pays, elle entend les règles de droit matériel en vigueur dans ce pays à l'exclusion des règles de droit international privé.</p> |
| <p>Article 16 Ordre public</p> <p>L'application d'une disposition de la loi désignée par la présente convention ne peut être écartée que si cette application est manifestement incompatible avec l'ordre public du for.</p> | <p>Article 20 – Ordre public</p> <p>L'application d'une disposition de la loi désignée par le présent règlement ne peut être écartée que si cette application est manifestement incompatible avec l'ordre public du for.</p> |
| <p>Article 17 Application dans le temps</p> <p>La convention s'applique dans un État contractant aux contrats conclus après son entrée en vigueur pour cet État.</p> | |
| <p>Article 18 Interprétation uniforme</p> <p>Aux fins de l'interprétation et de l'application des règles uniformes qui précèdent, il sera tenu compte de leur caractère international et de l'opportunité de parvenir à l'uniformité dans la façon dont elles sont interprétées et appliquées.</p> | <p>Art. 68 par. 1 Traité C.E.</p> |
| <p>Article 19 Systèmes non unifiés</p> <p>1. Lorsqu'un État comprend plusieurs unités territoriales dont chacune a ses propres règles en matière d'obligations contractuelles, chaque unité territoriale est considérée comme un pays aux fins de la détermination de la loi applicable selon la présente convention.</p> | <p>Article 21 – Systèmes non unifiés</p> <p>Lorsqu'un État comprend plusieurs unités territoriales dont chacune a ses propres règles en matière d'obligations contractuelles, chaque unité territoriale est considérée comme un pays aux fins de la détermination de la loi applicable selon le présent règlement.</p> |

| | |
|--|--|
| <p>2. Un État dans lequel différentes unités territoriales ont leurs propres règles de droit en matière d'obligations contractuelles ne sera pas tenu d'appliquer la présente convention aux conflits de lois intéressant uniquement ces unités territoriales.</p> | |
| <p>Article 20 Priorité du droit communautaire</p> <p>La présente convention ne préjuge pas l'application des dispositions qui, dans des matières particulières, règlent les conflits de lois en matière d'obligations contractuelles et qui sont ou seront contenues dans les actes émanant des institutions des Communautés européennes ou dans les législations nationales harmonisées en exécution de ces actes.</p> | <p>Article 22 – Relation avec d'autres dispositions du droit communautaire</p> <p>Le présent règlement n'affecte pas l'application ou l'adoption d'actes émanant des institutions des Communautés européennes qui :</p> <p>(a) dans des matières particulières, règlent les conflits de lois en matière d'obligations contractuelles ; une liste de tels actes actuellement en vigueur figure à l'Annexe 1 ;</p> <p>(b) régissent les obligations contractuelles et qui, en vertu de la volonté des parties, s'appliquent dans les situations comportant un conflit de lois ;</p> <p>(c) édictent des règles destinées à favoriser le bon fonctionnement du marché intérieur dans la mesure où ces règles ne peuvent s'appliquer conjointement à la loi désignée par les règles du droit international privé.</p> |
| <p>Article 21 Relations avec d'autres conventions</p> <p>La présente convention ne porte pas atteinte à l'application des conventions internationales auxquelles un État contractant est ou sera partie.</p> | <p>Article 23 – Relation avec des conventions internationales existantes</p> <p>1. Les États membres communiquent à la Commission, au plus tard six mois après l'entrée en vigueur du présent règlement, la liste des conventions multilatérales qui, dans des matières particulières, règlent les conflits de lois en matière d'obligations contractuelles, auxquelles ils sont Parties. La Commission publie cette liste au Journal officiel de l'Union européenne dans un délai de six mois après réception. Les États membres communiquent ensuite à la Commission toute dénonciation de ces conventions, que la Commission publie au Journal officiel de l'Union européenne dans un délai de six mois après réception.</p> <p>2. Le présent règlement ne porte pas atteinte à l'application des conventions visées au paragraphe 1. Toutefois, lorsque tous les éléments pertinents de la situation sont localisés au moment de la conclusion du contrat dans un ou plusieurs États membres, le présent règlement prévaut sur les conventions suivantes :</p> <ul style="list-style-type: none"> - Convention de La Haye du 15 juin 1955 sur la loi applicable aux ventes à caractère international d'objets mobiliers corporels ; - Convention de La Haye du 14 mars 1978 sur la loi applicable aux contrats d'intermédiaires et à la représentation. |

| | |
|---|---|
| | 3. Dans la mesure où elles concernent des matières régies par le présent règlement, celui-ci l'emporte également sur les conventions internationales bilatérales conclues entre États membres reprises à l'Annexe II. |
| <p>Article 22 Réserves</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tout État contractant, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation, pourra se réserver le droit de ne pas appliquer: <ol style="list-style-type: none"> a) l'article 7 paragraphe 1; b) l'article 10 paragraphe 1 point e). 2. (2) 3. Tout État contractant pourra à tout moment retirer une réserve qu'il aura faite; l'effet de la réserve cessera le premier jour du troisième mois du calendrier après la notification du retrait. | |
| <p>Article 23</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Si, après la date d'entrée en vigueur de la présente convention à son égard, un État contractant désire adopter une nouvelle règle de conflit de lois pour une catégorie particulière de contrats entrant dans le champ d'application de la convention, il communique son intention aux autres États signataires par l'intermédiaire du secrétaire général du Conseil des Communautés européennes. 2. Dans un délai de six mois à partir de la communication faite au secrétaire général, tout État signataire peut demander à celui-ci d'organiser des consultations entre États signataires en vue d'arriver à un accord. 3. Si, dans ce délai, aucun État signataire n'a demandé la consultation ou si, dans les deux ans qui suivront la communication faite au secrétaire général, aucun accord n'est intervenu à la suite des consultations, l'État contractant peut modifier son droit. La mesure prise par cet État est portée à la connaissance des autres États signataires par l'intermédiaire du secrétaire général du Conseil des Communautés européennes. | |
| <p>Article 30</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. La convention aura une durée de dix ans à partir de la date de son entrée en | |

| | |
|---|--|
| <p>vigueur conformément à l'article 29 paragraphe 1, même pour les États pour qui elle entrerait en vigueur postérieurement.</p> <p>2. La convention sera renouvelée tacitement de cinq ans en cinq ans sauf dénonciation.</p> <p>3. La dénonciation sera notifiée, au moins six mois avant l'expiration du délai de dix ans ou de cinq ans selon le cas, au secrétaire général du Conseil des Communautés européennes (6).</p> <p>4. La dénonciation n'aura d'effet qu'à l'égard de l'État qui l'aura notifiée. La convention restera en vigueur pour les autres États contractants.</p> | |
| | <p>Annexe I : Liste des actes mentionnés à l'article 22, point a)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Directive relative à la restitution de biens culturels ayant quitté illicitement le territoire d'un État membre (directive 93/7/CEE du 15.3.1993) – Directive « détachement des travailleurs dans le cadre d'une prestation de services » (directive 96/71/CE du 16.12.1996) – Deuxième directive « assurance non vie » (directive 88/357/CEE du 22.6.1988, telle que complétée et modifiée par les directives 92/49/CEE et 2002/13/CE) – Deuxième directive « assurance vie » (directive 90/619/CEE du 8.11.1990 telle que complétée et modifiée par les directives 92/96/CEE et 2002/12/CE) <p>Annexe II : Liste des conventions bilatérales mentionnées à l'article 23, paragraphe 3</p> <ul style="list-style-type: none"> – [...] |